



medico international

rundschreiben

03 | 12

www.medico.de



Inhalt

Editorial.....	2
Gesundheit in Europa.....	4
Das britische Gesundheitssystem.....	7
Brasilien.....	9
Ägypten.....	14
Projekte – Projektionen.....	18
People's Health Assembly	20
Sierra Leone	23
Interview mit Louis Reynolds	24
medico aktiv.....	28
Syrien.....	30
Zum Tod von Neville Alexander	38
medico Materialliste.....	40
Service/Impressum.....	42

Hinweis: Die Reportage „Das Tor zur Hölle“ von Samar Yazbek erschien zuerst in der New York Times. Die Fotos auf den Seiten 30-38 stammen von den aktivistischen Fotogruppen Lens Young Homs (Homs) und Lens Young Dimashqi (Damaskus). In dem jüngst erschienenen Buch „Syrien – Der schwierige Weg in die Freiheit“ (Hg.: Larissa Bender, Verlag J.H.W. Dietz) schreiben u.a. Samar Yazbek, und die im Untergrund in Syrien lebende Menschenrechtlerin Khawla Dunia über ihre Hoffnungen auf einen demokratischen Wandel.

Titelseite: „We need a Revolution“ – das Geld sagt es uns längst. Aber bekanntlich ist das Rätsel des Geldfetischs nur das sichtbar gewordene, die Augen blendende Rätsel des Warenfetischs. Motiv: Dan Tague

Liebe Leserinnen
und Leser,

der Kampf um Öffentlichkeit und öffentliche Meinung findet mit harten Bandagen statt. Ein jüngstes Beispiel aus der medico-Praxis hat uns das erneut vor Augen geführt. Gemeinsam mit vielen anderen Nichtregierungsorganisationen engagieren wir uns derzeit in der Kampagne „Mit Essen spielt man nicht!“. Wir sammeln dabei Unterschriften zum Stopp der Nahrungsmittelspekulation (Sie können unterschreiben unter: www.medico.de/spekulation). Zu recht angegriffen fühlt sich unter anderem der Versicherungskonzern Allianz, der im vergangenen Jahr 6,2 Milliarden Euro in Fonds steckte, die auf höhere Nahrungsmittelpreise spekulierten. Vor wenigen Wochen veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung den Artikel eines Professors Pies für Wirtschaftsethik, der diese Kampagne für falsch hält und Konzerne wie die Allianz verteidigt. Die Süddeutsche Zeitung führt ihn ein als Denker, der eigentlich auf der Seite der NGOs stehe (als Student hatte er mal eine NGO gegen Drogentote gegründet).

Doch nicht in allem, wo Ethik drauf steht, ist auch Ethik drin. Der Wirtschaftsethiker Pies sieht seine sittliche Verpflichtung offenbar darin, diskreditierten Wirtschaftszweigen moralische Unterstützung zu geben. Wie Oxfam recherchierte, sprach er sich aus „ethischer Sicht“ gegen die von der Bundesregierung geplante Bankenabgabe aus. Er verteidigte Werder Bremen für seinen neuen Sponsor Wiesenhof, der bekannt ist als einer der schlimmsten Tierquälere Deutschlands, und lobte den Allianz-Kon-



zern wegen „großer sozialer Unternehmensverantwortung“. Dass er auch ansonsten mit hochrangigen Allianzvertretern in manchem gemeinsamen Gremium gute Kontakte pflegt, ist schon nicht mehr wichtig. Denn ehrlich gesagt, wer hatte sich unter dem Titel „Wirtschaftsethik“ mehr versprochen als gutes Marketing zur Verschleierung der wahren Absicht jedes privaten Wirtschaftens: größtmöglicher Gewinn.

Dass Privat- und Gemeinwohlinteressen sich unterscheiden ist eine Binsenweisheit. Selbst die Menschenrechtserklärung der französischen Revolution, die ja die Verteidigung des Privateigentums zum Ziel hatte, hat das Privateigentum allerdings dann in Frage gestellt, wenn es das Gemeinwohl verletzt. Und doch behaupten Unternehmen – und mit ihnen manche Wirtschaftsethiker – nun auch im Gesundheitsbereich, dass es zwischen ihren Interessen und denen des Gemeinwohls keinen Konflikt gäbe. Weshalb Gesundheit locker privatisiert

werden darf. Wohin das in Deutschland und in Großbritannien führt, zeigen die ersten beiden Artikel dieses Heftes auf frappierende Weise: Der Ausverkauf eines Grundrechts, mit dessen selbstverständlicher Verwirklichung die Nachkriegsgenerationen in Europa aufgewachsen sind. Die Verteidigung des Gemeinwohls und der damit verbundenen öffentlichen Güter ist deshalb für medico ein zentrales Motiv des Handelns. So führen wir gemeinsam mit anderen Partnern dieses Jahr wieder eine Gegenveranstaltung zum sogenannten World Health Summit in Berlin durch, der leider keinen Widerspruch zwischen Josef Ackermann als Keynote-Speaker und dem Menschenrecht auf Gesundheit entdecken kann. Ein öffentlicher Raum zur Verteidigung der Gemeinwohlinteressen war auch die People's Health Assembly in Kapstadt, der wir mehrere Texte widmen.

Auf den letzten Seiten dieses Heftes veröffentlichen wir eine verstörende Reportage der syrischen Journalistin Samar Yazbek. Sie setzt sich seit Beginn der Proteste gegen die Assad-Diktatur einem schmerzhaften Prozess aus, den zu verfolgen auch für die Leserinnen und Leser nicht einfach ist. Als Alawitin aus einer privilegierten syrischen Familie hat sie die Sicherheit und die Wahrheiten aufgegeben, die ihre Stellung legitimierten. Sie hat einen hohen Preis bezahlt, um sich der Wahrheit der Konflikte in Syrien anzunähern. Ihre Kriegsreportage zwingt auch uns Leserinnen und Leser in die Auseinandersetzung mit Fragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt.

Herzlichst Ihre

Bescherung im Gesundheitswesen

Durch die Hintertür soll die solidarische Gesundheitsversorgung abgewickelt werden

Von Thomas Gebauer

Gerichtsurteile, das erfahren wir derzeit, können von großer Brisanz sein, aber nicht jedes wichtige Urteil findet auch den Weg in die Öffentlichkeit. Zu letzterem zählt ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 2009. Dabei ging es um die Frage, ob Städte und Gemeinden ihren Weihnachtsmarkt privatisieren dürfen. Ein Imbissbudenbesitzer in Offenbach hatte die Stadt verklagt. Die aber sah sich gar nicht mehr zuständig, nachdem sie die Durchführung des Marktes einem privaten Betreiber übergeben hatte.

Dieser Auffassung wollte das Bundesverwaltungsgericht nicht folgen. Gemeinden, so steht es in dem lesenswerten Urteil, dürften im Interesse einer wirksamen Wahrnehmung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft ihre gemeinwohlorientierten Handlungsspielräume nicht aufgeben. Eine materielle Privatisierung von „kulturell, sozial und traditionsmäßig“ wichtigen Aufgaben zur Sicherung und Wahrnehmung der „Bedürfnisse und Interessen, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln“, sei nicht zulässig; ebenso wenig deren Betrachtung unter allein wirtschaft-

lichen Gesichtspunkten. Zwar können Gemeinden private Dienstleister zur Erledigung ihrer Aufgaben heranziehen, sie dürfen dabei aber zu keiner Zeit ihre Kontroll- und Einwirkungsrechte abgeben.

Öffentliches Gut – Weihnachtsmarkt

Und warum sie das nicht dürfen, – auch daran ließ das Gericht keinen Zweifel: „...bei einer privaten Veranstaltung von sozial, kulturell und traditionsgeprägten Weihnachtsmärkten (ist) mit einer erhöhten Gewinnerzielung der privaten Veranstalter zu rechnen“. Daraus folge, dass Standvergütungen erhöht und zuletzt auf die Besucher umgelegt würden: „Ein erhöhtes Preisniveau schließt aber gerade sozial schwächere Gemeindeeinwohner vom Marktgeschehen aus, erschwert die gesellschaftliche Kommunikation im örtlichen Bereich und trägt darüber hinaus zur





Foto: Reuters

„Gesundheit kaputt“: Graffiti in der Athener Innenstadt, Juli 2012.

5

stiegen (ist), dass private Dritte Privatisierungsentscheidungen einer Gemeinde gerichtlich angreifen und womöglich ganz verhindern“.

Gute Idee! Wenn schon ein Weihnachtsmarkt eine öffentliche Angelegenheit von Bedeutung für das Zusammenleben von Menschen ist, warum dann nicht auch Schulen, Universitäten, kommunale Kliniken, der öffentliche Nahverkehr, Bibliotheken, Schwimmbäder oder der kommunale Wohnungsbau? All dies sind ohne Frage Aufgaben besonderer sozialer, kultureller und traditioneller Prägung; Aufgaben zur Sicherung und Wahrnehmung des Gemeinwohls; Aufgaben, die nicht allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden dürfen.

Schlecker unter den Klinikbetreibern

Kommerzialisierung des gesamten kommunalen Lebens bei“.

Wohl wahr! Wer sich seine Sinne noch nicht durch all die belanglosen Talkshows hat weichspülen lassen, weiß darum, dass der Profit der einen zwangsläufig den Ausschluss der anderen impliziert. Weil sich solche Kapitalismuskritik aber nicht herumsprechen soll, blieb das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts eine Kuriosität. Nur wenige, darunter die Unternehmensberatung PriceWaterhouseCoopers (PwC), die in Deutschland mit der Privatisierung von öffentlichem Eigentum ihr Geld gemacht hat, nahmen die Sache ernst und wandten ein, dass sich die Grundsatzentscheidung auch auf andere Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung auswirken könnte und mit dem Urteil „das rechtliche Risiko deutlich ge-

Szenenwechsel nach Hamburg, wo die Stadt gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger 2007 sämtliche ihrer Krankenhäuser an die private „Asklepios-Kliniken GmbH“ verkauft hat. Seitdem sind die Kliniken nicht mehr aus den Schlagzeilen herausgekommen: sinkende Versorgungsqualität, steigender Druck auf das ärztliche und Pflegepersonal, Lohndumping mit Leiharbeit. Asklepios, mit 10.000 Mitarbeitern heute der größte Arbeitgeber in Hamburg, gilt Arbeitsrechtlern als der „Schlecker unter den Klinikbetreibern“. Mit den Gewinnen, die sich aus dem Hamburger Gesundheitswesen herauspressen ließen, aber mischt Asklepios nun im Übernahmepoker zwischen den beiden großen deutschen Krankenhausbetreibern mit. Dabei geht es um die Fusion der „Helios Kliniken“ (72 Häuser, 43.000 Mitarbeiter, Motto: „Jeder Moment ist Medizin“) mit der „Rhön-Klinikum AG“ (54 Häuser, ebenfalls

43.000 Mitarbeiter, Motto: „Spitzenmedizin für jedermann“). „Helios“ ist die Krankenhaussparte des im DAX der Deutschen Börse gelisteten Bad Homburger Konzerns „Fresenius“, der sich in den letzten Jahren zu einem der weltweit größten Medizintechnik- und Gesundheitsunternehmen entwickelt hat. Mit von der Partie ist auch die Allianz AG, die ein größeres Aktienpaket an „Fresenius“ hält.

Nur noch Gesundheitswirtschaft

Auf Besorgnis erregende Weise ist die Umgestaltung des deutschen Gesundheitswesens in den letzten Jahren vorangeschritten. In dem Maße, wie das am Gemeinwohl orientierte öffentliche Versorgungssystem zur profitträchtigen „Gesundheitswirtschaft“ heruntergewirtschaftet wurde, haben sich neue Akteure breitgemacht, für die Gesundheitsversorgung eben kein individuelles und soziales Gut mehr ist, sondern eine Ware wie jede andere auch. Mit dem Unterschied, dass die Ware Gesundheit ein enormes Wachstumspotenzial verspricht. Das betonten kürzlich z.B. die Gesundheitsexperten der „Deutsche Bank Research“, die einen weltweit expandierenden Markt ausmachen, der vor allem in Schwellenländern, wo sich zahlungskräftige Mittelschichten herausbilden, höchste Renditen verspreche. Im Inland dagegen seien die Aussichten, so die „DB Research“, durch den restriktiven Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung noch getrübt.

Wohlgemerkt: noch! Denn die wirtschaftsliberalen Gesundheitspolitiker haben zuletzt alles unternommen, um sich des „restriktiven Rahmens“ – sprich den sozialstaatlichen Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens – zu entledigen. Das Bemühen um eine in Selbstverwaltung ausgehandelte rationale Versorgung, die

allein den Bedürfnissen der Patienten verpflichtet sein soll, sowie der gesetzlich verankerte Solidarausgleich, der auch mittellosen und ärmeren Menschen den Zugang zur Gesundheitsversorgung garantiert – all das ist zwar gesundheitspolitisch sinnvoll, aber abschreckend für private Investoren. Mit einer Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen will die Bundesregierung nun – sozusagen durch die Hintertür – die vollständige Unterordnung der Patienteninteressen unter den Profit durchsetzen. Sie plant, die gesetzlichen Krankenkassen im kartellrechtlichen Sinne mit privatwirtschaftlichen und gewinnorientierten Unternehmen gleichzustellen. Damit ginge die Regelungskompetenz von der Bundesregierung auf die Europäische Kommission über, was es den privaten Krankenversicherungen ermöglichen würde, Wettbewerbsverzerrungen geltend zu machen, die der Europäische Gerichtshof nicht mehr länger mit dem Verweis auf den besonderen öffentlichen Versorgungsauftrag der gesetzlichen Krankenkassen zurückweisen kann. Dann wäre die Deregulierung des öffentlichen Gesundheitswesens nicht mehr aufzuhalten und der Solidarausgleich, ein Stück noch existierender Umverteilung von oben nach unten, Geschichte. Mit Folgen, die für die Versicherten schon heute in Hamburg zu sehen sind. Aber für die derzeit angeschlagenen privaten Versicherer eine wahrlich reiche Bescherung.

Die Rhön-Helios-Fusion ist zwar vorerst gescheitert, aber das letzte Wort ist da noch nicht gesprochen. Eugen Münch, Gründer der Rhön-Kliniken, erklärte jedenfalls, dass man als logische Ergänzung des eigenen Geschäftsmodells eine eigene klinikgebundene Zusatzversicherung plane: „Wir haben das Angebot und wir haben die Maschine dahinter.“ ■

Eine Frage des Angebots

Privatisiert, zerlegt, verkauft: Das britische Gesundheitssystem ist reif für den Markt

Die Liste der Branchen des großen Mischkonzerns Virgin ist beeindruckend. Ursprünglich schlicht ein Schallplattenlabel, tragen heute auch Fluglinien, Limousinen, Videospiele und Reiseagenturen das Logo des Unternehmens. Seit diesem Jahr gehört auch die Gesundheitsversorgung ins Portefeuille des Unternehmers und Ballonfahrers Richard Branson. Virgin Care hat den Zuschlag bekommen als Teile der Gesundheitsversorgung in den Grafschaften Surrey und Devon ausgeschrieben wurden.

England befindet sich in einem dramatischen Umbruch. Mit der Begründung das Staatsdefizit senken zu müssen, wird das britische Gesundheitswesen, „der größte Schatz des Landes“, Stück für Stück an den Meistbietenden veräußert. Der staatliche britische Gesundheitsdienst (National Health Service, NHS) war eine von fünf Säulen des modernen Wohlfahrtsstaates im Nachkriegsbritannien. 1948 eingeführt, überlebte das staatliche, zentral organisierte Gesundheitssystem trotz aller Privatisierungsattacken unter Margaret Thatcher und New Labour immerhin 60 Jahre. Bei aller Kritik an langen Wartezeiten, ist das NHS international anerkannt ist als eines der kostengünstigsten und gerechtesten Gesundheitssysteme weltweit. Alles wird sich jetzt ändern, nur das Logo wird bleiben – ein „Trojanisches



Der Veräußerer: der britische Regierungschef Cameron.

Pferd“, wie Allyson Pollock kürzlich in der britischen Tageszeitung The Guardian bitter bemerkte. Die Professorin der Gesundheitswissenschaften an der Queen Mary Universität in London vermutet, Anteilseigner und Finanzinvestoren werden den guten Ruf der Marke NHS nutzen, um sich Eintritt in die Gesundheitsmärkte anderer Länder zu verschaffen. Die Gewinner dieses Coups sind internationale Gesundheitskonzerne wie Serco, Circle Health oder eben Virgin Care.

Steuerfinanzierte Profitraten

Was in Deutschland längst vollzogen wurde, fängt in England gerade erst so richtig an – die Privatisierung des Gesundheitswesens. Es begann mit einer Privatisierungsoffensive (Private Finance Initiative, PFI) der Labour-Regierung in den 1990er Jahren, die sogenannte öffentlich-private Partnerschaften ins Leben rief. Es folgten

Lohnkürzungen von bis zu 30%, Massenentlassungen und die Schließung von Krankenhäusern und Gesundheitsstationen. Was unter Tony Blair begann, wollen die konservativen Tories endgültig exekutieren: Das im März diesen Jahres im Parlament verabschiedete Gesetz – die sogenannte Health and Social Care Bill – hat faktisch die „Abschaffung“ des NHS zur Folge, wie sogar das renommierte Fachblatt *British Medical Journal* warnte. Die britische Regierung setzt konsequent auf Marktstrukturen, Outsourcing und Privatisierung vormals staatlicher Dienstleistungen und folgt damit auch den Empfehlungen des Spartriumvirats aus Europäischer Zentralbank, IWF und Europäischer Kommission.

Auf der Strecke bleiben Arbeitnehmerrechte und öffentlich verwaltete Einrichtungen, die zumindest eine gewisse Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung haben. Was kommen wird, ist schon jetzt, gut ein halbes Jahr nach Verabschiedung der Gesundheitsreform, abzusehen: ein zersplittertes, auf Wettbewerb basierendes Gesundheitssystem mit geschätzten 5-10-fach höheren Marketingausgaben. „Eine größere Zahl unterschiedlicher Anbieter wird Innovation und Effizienz steigern, weil sie zu mehr Wettbewerb und mehr Wahlmöglichkeiten führt“, hieß es im universellen Neusprech der liberal-konservativen Regierungserklärung bereits im November 2010. Jeder „willige Anbieter“ soll Behandlungen, Medikamente und medizinisches Gerät an den NHS verkaufen können. „Einkäufer“ sind hierbei regionale Arbeitsgemeinschaften von Hausärzten (General Practitioners, GPs). Sie entscheiden über den medizinischen Bedarf und wählen den entsprechenden Anbieter mit dem besten Angebot aus. Die seit 60 Jahren bestehende Verpflichtung des Staates, eine Gesundheitsversorgung für

alle zu gewährleisten, wurde merkantiliert und damit praktisch außer Kraft gesetzt, so Allyson Pollock. Zusammen mit einem Netzwerk von Gesundheitsprofessionellen organisiert die Expertin für Public Health den Widerstand gegen die Reformpläne: die Versammlungen, Demonstrationen und groß angelegte Kampagnen wie *Keep our NHS public* prägten die politische Landschaft über ein Jahr. So sprachen sich die 90% der Ärzte vertretende *British Medical Association* sowie das *Royal College of Nurses*, die politische Vertretung der Gesundheits- und Krankenpfleger, für die komplette Rücknahme der Reformpläne aus. Ohne Erfolg, trotz aller öffentlichen Einsprüche wurde die Gesetzesänderung im März 2012 verabschiedet.

Dabei ändert sich an der Grundfinanzierung vorerst nichts. Der NHS ist eines der wenigen ausschließlich steuerfinanzierten Gesundheitssysteme. Nur werden diese Steuergelder nun von diversen, privatwirtschaftlich organisierten Anbietern umgesetzt. Dass hierbei nicht jeder Pence auf der britischen Insel bleibt, hat unlängst die unabhängige Nichtregierungsorganisation *Corporate Watch* festgestellt. Detailliert wird aufgelistet wie die Gesundheitsunternehmen die Profite auf Konten in sogenannten Steueroasen zwischengelagern. Aber dieses Finanzgebaren ist beileibe keine neue „englische Krankheit“, sondern auch in Deutschland setzt der Krankenhauskonzern Rhön AG auf eine Rendite von 15%, ein Wert, der exakt der finanzkrisenbereinigten Kapitalertragserwartung der Deutschen Bank entspricht. Und die Zukunft in England droht dramatisch zu werden: Experten zufolge wird im Jahr 2020 jedes vierte Kind in Armut aufwachsen. ■

Hier kommt das Wirtschaftswunder

Wer zahlt den Preis für den Weltmächtaufstieg?
Der Uranbergbau in Caetité als Beispiel für
gesundheitsschädliche Entwicklungsgläubigkeit



Die Halbwüste des brasilianischen Sertãos zieht sich durch den Nordosten des Riesenlandes. Über endlose Kilometer erstreckt sich diese hügelige Landschaft aus rotem Staub und dürrer Gestrüpp durch das Herz Brasiliens. Einmal im Jahr regnet es, wenn der Wettergott den Bewohnern hold ist. Dann blüht die Wüste für kurze Zeit, Mensch, Pflanzen und Tiere legen Wasserreservoir an, um die unvermeidlichen Dürren zu überleben. Die jetzige hält schon fünf Jahre an.

Und doch ist diese Wüstenei in ihrer Unwirtlichkeit gerade deshalb das Symbol der sogenannten „Brasilianidade“, verkörpert die Neuschöpfung einer Nation und eines Staates auf dem Weg in die Moderne, gegründet auf einer behaupteten Leere, die die Neuankömmlinge aus der alten Welt erst urbar gemacht hätten. Der Gründungsmythos Brasiliens ähnelt dem anderer Einwandererländer, die mit Vertreibung und Ausrottung der Urbevölkerung zugleich eine Ursünde begangen haben.

Wer Brasilien auf dem Weg zu einer Weltmacht verstehen will, ist in jeder Hinsicht im Sertão am richtigen Ort. Euclides da Cunha hat mit dem „Krieg in Sertão“ den Beginn dieses Weges beschrieben. Das Werk, heute eine schwer verständliche Pflichtlektüre für jeden Schüler in Brasilien, berichtet von der brutalen Niederschlagung eines Aufstandes der Entrechteten und Armseligen unter der Führung eines messianischen Heilsbringers in der Stadt Canudonam Ende, des 19. Jahrhunderts, gelegen in eben jenem Sertão. Da Cunha, selbst Augenzeuge, erzählt diesen Krieg als Verbrechen gegen Menschlichkeit, unternommen im Namen eines nationalen Fortschritts, der sich bis heute auf einer tiefen strukturellen Ungleichheit gründet. Modernisierung und Verarmung, Fortschritt und Menschenrechtsverletzung sind im Sertão zwei Seiten einer Medaille.

Die Fortsetzung dieser alten Geschichte lässt sich heute am Beispiel der im Sertão gelegenen Kleinstadt Caetité erzählen. Das Örtchen ist 750 Kilometer von Salvador de Bahia entfernt und ist ein verschlafenes Provinznest mit 40.000 Einwohnern, wenn man die umliegenden Ortschaften mitzählt. Es gibt eine Hauptstraße, eine große Kirche und ein Museum. Es zeigt die Geschichte des hier geborenen Volkspädagogen Anísio Teixeira, Gegner der brasilianischen Militärdiktatur, der 1970 auf ungeklärte Weise ums Leben kam, was aber im Museum nicht thematisiert wird. Das luftige Städtchen mit dem angenehmen Klima liegt auf 800 Meter Höhe und träumt den Traum jeder Provinz – den Traum von überregionaler Bedeutung.

Als im Januar des Jahres 2000 die größte Uranmine Lateinamerikas am abgelegenen Stadtrand von Caetité eröffnet wurde, waren deshalb die Erwartungen groß. Der staatliche Betreiber INB (Industria Nuclear

Brasileira) kündigte interessante Arbeitsplätze, Prosperität für die Region und ein eigenes kommunales Engagement an. Caetité werde ein wesentlicher Bestandteil des „modernen und sauberen“ Energiekonzepts Brasiliens werden, mitten in der von Dürre geplagten Region eine – dank der Atomenergie und des dafür nötigen Uranabbaus – blühende Landschaft. Wer im armen Sertão wollte das nicht glauben!

Doch es kam anders. Gleich mit der Eröffnung der Mine begann eine Serie von Unfällen, in deren Folge das Grundwasser und die Umgebung radioaktiven Kontaminationen ausgesetzt wurden. Nach zwei weiteren Unfällen im selben Jahr, in denen eine Grundwasserverseuchung der gesamten Gemeinde befürchtet wurde, schloss man die Mine für ein halbes Jahr ganz. Den nächsten Unfall meldete der staatliche Betreiber daraufhin erst gar nicht. Die Liste der Unfälle ist seither so lang wie die Liste der Vertuschungen.

2008 schließlich veröffentlichte Greenpeace in Caetité eine Studie über die dramatische Verseuchung der Umgebung. 26 Bauernfamilien in der unmittelbaren Nähe der Mine müssten eigentlich wegen extremer Gesundheitsgefährdung sofort evakuiert werden. Die Studie weist die Verseuchung von neun Brunnen nach. Die täglich stattfindenden Sprengungen wirbeln weiße Wolken voll radioaktiven Uransstaubs durch die Luft, so dass nicht nur die Grundwasserbrunnen verseucht sind, sondern auch Regenwasser nicht aufgefangen werden darf, weil es Uransstaubpartikel enthält. Nicht nur Caetité, sondern 80 weitere Gemeinden in der Umgebung sind direkt oder indirekt diesen Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt. Hinzu kommt der hohe Wasserverbrauch des Uranabbaus, der laut einer 2011 verfass-



wurden. Nach einem Jahr hängte sie enttäuscht ihren Job an den Nagel.

Die Menschenrechtsverletzungen, die sie im Umgang mit den gesundheitsschädlichen Folgen beim Abbau des Urans in Caetité in ihrem Bericht 2011 konstatierte, bestätigen ihre Enttäuschung. Sie hält das ganze Gerede von der Notwendigkeit der Kernenergie im

ten Menschenrechtsuntersuchung neben der Kontaminierung, den Zugang zu Wasser in einer ohnehin wasserarmen Region drastisch reduziert.

*

Die Weigerung der Uranindustrie wie der regionalen Behörden, die Gesundheit der Arbeiter wie Bewohner regelmäßig zu untersuchen, sei eine „kriminelle Unterlassung“, heißt es in einem 2011 verfassten Bericht zu den Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Uranabbau. Eine der Autorinnen sitzt vor uns in einem Café in Sao Paulo, das gerade ganz in Orange gehüllt ist, weil es Werbewoche für „World Vision“ macht. Die hochgewachsene Marijane Lisboa ist Soziologin, hat einige Jahre für Greenpeace gearbeitet und viele Jahre in Deutschland auf der Flucht vor der Militärdiktatur verbracht. Marijane arbeitete nach der Wahl Lulas ein Jahr im Umweltministerium. „Ich habe bis heute nicht verkraftet, was ich da erlebt habe“, sagt sie und wirkt doch wie eine Frau, die so schnell nichts erschüttern kann. Ihr sei nicht klar gewesen, welche unkündbaren Deals auf Kosten der Umwelt und zugunsten von Agrobusiness und Rohstoffindustrie von der Arbeiterpartei Lulas bereits vor der Wahl getroffen

Rahmen des Energiekonzeptes für ziemlichen Unsinn. Marijane und viele ihrer Mitstreiter fürchten, dass es im Nuklearprogramm viel eher um die militärische Bedeutung geht. Unverhohlen sprechen Militärs von der Notwendigkeit U-Boote atomar zu bewaffnen, um die großen Erdölvorkommen vor der brasilianischen Küste zu sichern

*

Die Gegnerinnen und Gegner der Uranmine in Caetité sammeln sich in der örtlichen katholischen Gemeinde, die von Padre Osvaldinho Barbosa geleitet wird. Der von der Befreiungstheologie geprägte Padre stammt selbst aus dem Sertão und kennt die Sorgen und Nöte der Kleinbauern, deren Existenz und Gesundheit von der Uranmine bedroht ist. Mit dem engagierten Priester und der Journalistin Zoraide Vilas Boas, die die lokale Umweltbewegung mit Wissen und Verbindungen in die Bundeshauptstadt Salvador unterstützt, fahren wir in das Abbaugelände, das wie eine Sicherheitszone eingezäunt und bewacht ist. Vom Zaun aus werfen wir einen Blick auf das riesige Gelände. Die Mine breitet sich schweigend und unschuldig vor unseren Augen aus. Um sie herum liegen die kleinen Bauernhöfe wie



Foto: INB

Sprengsel in die Landschaft geworfen, es werden Maniok und Kakteen angebaut, an dem dünnen Gestrüpp nagt das Vieh. In einem der kleinen Höfe wohnt der 57-jährige Bauer Florisvaldo. Seine sparsam eingerichtete Wohnstube blüht vor Sauberkeit. Liebevoll sind die wenigen Habseligkeiten geordnet. Nichts spricht dafür, dass er hier weg will. Wäre die Uranmine nicht, die seinen Brunnen auf 10 Jahre radioaktiv verseucht hat, würde er die Fortschritte auf dem Land genießen. Die Regierungsprogramme der linken Präsidenten, wie „Strom für alle“, die Rentenerhöhungen und die Familienunterstützungen, haben die Lebensverhältnisse auch für Florisvaldo verbessert. Aber die unsichtbaren Gefahren der Radioaktivität und die täglichen Sprengungen machen ein Leben hier unmöglich.

Der schlanke Mann mit dem sonnenverbrannten und zerfurchten Gesicht ist bestens informiert. Er nahm an Seminaren

teil, die die Umweltkommission der katholischen Gemeinde, gemeinsam mit der Umweltgruppe von Zoraide, dem Movimento Paulo Jackson, organisierte. Dort traf er auch auf Aktivisten anderer Länder, u.a. aus Namibia und Ecuador, die sich gegen gesundheitsgefährdende Bergbauunternehmen wehren. Beim Hinausgehen erzählt er uns, dass er demnächst gemeinsam mit einem Gewerkschaftskollegen aus der Uranmine ein Seminar der brasilianischen Kernenergiegegner besuche, um über die hiesige Situation zu berichten. Draußen zeigt er uns die neue weiße Zisterne, die ein Abgeordneter im Rahmen seines Wahlkampfes den Bauern der Region geschenkt hat. Florisvaldo zuckt mit den Schultern. Der Zynismus und die Ignoranz der Mächtigen spiegeln sich sogar in sinnlosen Wahlkampfgeschenken. Man darf sie schließlich nicht benutzen.

Die Geschichte dieses Bauern ist für

Padre Osvaldinho ein Beispiel für das, was ihn im Kampf gegen die Mine am meisten bewegt: Ohnmacht und Bestürzung. „Die Minenbetreiber haben der Bevölkerung das Blaue vom Himmel versprochen“, sagt Padre Osvaldinho. „Dann kamen sie mit riesigen Maschinen, die tiefe Täler in die Landschaft gruben, und haben den Menschen alles genommen, was sie besaßen. Erhalten haben sie im Gegenzug nur die Zerstörung ihrer bisherigen Existenz. Aus den Hoffnungen wurde Bestürzung.“ Diese Ohnmacht mache die Menschen depressiv und handlungsfähig. „Das ist eine soziale Krankheit“, so Osvaldinho Barbosa. Immerhin hat der Widerstand Florisvaldo wieder zum Handeln gebracht.

★

Die Auseinandersetzungen in Caetité um die Uranmine sind in mehrfacher Hinsicht von symbolischer Bedeutung für die Debatte um das brasilianische Entwicklungsmodell. In einem Gespräch mit der Umweltkommission der Gemeinde, erklärt uns eine gesetzte Dame, Lehrerin an der örtlichen Hauptschule, warum: Dieses Modell beruhe auf dem massiven Export von Rohstoffen. Es handele sich um eine neue Form von Neokolonialismus, der auch noch vielfach mit Sklavenarbeit einhergehe. In der Mine würden die gefährlichsten und gesundheitsschädlichsten Arbeiten von schlechtbezahlten Leiharbeitern ausgeführt, die über keinerlei Rechte verfügten. Mit dem sogenannten Extraktivismus entstünden neue Konflikte um Land und Wasser, so die Lehrerin. In Caetité kommt noch die autoritäre Geheimniskultur der Nuklear-

industrie hinzu, wie sie auch aus anderen Ländern bekannt ist. „Sie haben auf alles eine Antwort“, so Padre Osvaldinho, „und meistens sind es dreiste Lügen“. Und doch hat die Bewegung erstaunliche Erfolge gegen die Uranmine zu verzeichnen. „Am Anfang hatte die Nuklearindustrie einen großen Vorsprung. Wir sind immer nur hinterher gelaufen“, so der katholische Priester. „Jetzt laufen sie uns hinterher.“ Der Umbruch ereignete sich als vor einem Jahr 2.000 Menschen einen Atomtransport in Caetité blockierten. Diese Aktion schaffte es in die Schlagzeilen der nationalen Presse. Sie war ein Zeichen der Gesundheit gegen die „Krankheit“ Ohnmacht. „Ich habe große Hoffnung“, so der Gemeindepriester, „denn wenn Hoffnung von Empörung und Mut begleitet wird, wie in Caetité, dann ist sie berechtigt.“ ■

Katja Maurer

Fortsetzung im nächsten Heft. Die Themen dann: Thyssen-Stahlwerk – ein gescheitertes Modernisierungsprojekt; die sozialen Bewegungen am Scheideweg – die Folgen der Sozialprogramme.

Zum Weiterlesen: Ein Interview mit Padre Osvaldinho Barbosa finden Sie unter: www.medico.de/uran

Projektstichwort

Die Umweltkommission der katholischen Gemeinde in Caetité und die Umweltbewegung Paulo Jackson planen weitere Aktivitäten im Kampf gegen die Uranmine. Ein französischer Nuklearexperte wird über die Schäden der Radioaktivität Seminare geben, brasilianische Gesundheitsexperten wollen die fehlende epidemiologische Studie über die Gesundheitsgefährdungen durch den Uranabbau auf den Weg bringen. Und die Umweltkommission will mit vielen öffentlichen Veranstaltungen und Informationsblättern weiter daran arbeiten, das offizielle Schweigen zu durchbrechen. Diese Aktivitäten wird medico unterstützen. Das Stichwort der Solidarität lautet: **Brasilien.**



Foto: Reuters

ägypten

Komitees der Namenlosen

Die ägyptische Revolution lebt fort: Basisinitiativen auf dem Land kämpfen für öffentliche Gesundheit

Die neue Unübersichtlichkeit ist ausgebrochen. Vorbei die Zeiten, in denen Kairo einer Provinzhauptstadt glich, in der sich die immer gleichen

Diskutanten an einem halben Dutzend Orte treffen. In Büros von Parteien und Organisationen, in ausrangierten Gebäuden, Lounges und vor allem in einfachen Stra-

ßencafés wird über die Wechselbeziehungen zwischen Kunst und Revolution, über Mindestlöhne, über die Situation in den berüchtigten Gefängnissen debattiert. Die Zeit der Bars im Kolonialstil mit Namen wie Café Riche oder Greek Club oder einem imaginären internationalen Stil nach-eifernden Hotelbars scheint perdu zu sein. Die ägyptische Revolution ist schon längst nicht mehr eine elitäre Angelegenheit jener politischen Entrepreneure, die den Fortschritt einst aus Moskau, Stockholm oder Washington importieren wollten und auch den zehnfachen Preis für einen Importkaffee zahlen konnten.

Zwei Zentren der Macht

Seit dem 25. Januar 2011 durchliefen Millionen von Ägyptern einen Politisierungsprozess, der unter anderen Umständen Jahrzehnte gedauert hätte. Zwar wandten sich nicht wenige vom aktiven politischen Leben ab, als die Revolution begann sich in den Niederungen der ägyptischen Regierungspolitik zu verfangen, doch eine erstaunlich große Zahl von Menschen jeder Couleur nimmt weiterhin den öffentlichen Raum ein, den die Bewegung zum Sturz des Raïs Mubarak erobert hatte.

Natürlich erscheint manche Entwicklung der letzten eineinhalb Jahre seit dem Erfolg der Proteste ernüchternd. Aus den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gingen die beiden politischen Kräfte, die das Land seit über 30 Jahren prägen, auch als zukünftige Machtzentren des neuen Ägyptens hervor. Es ist einerseits der sogenannte „tiefe Staat“ (sprich: die Netzwerke des alten Regimes), der nicht nur eine Wirtschaftselite an sich bindet, sondern auch Millionen Menschen gerade in den ländlichen Gebieten. Zentraler Akteur in diesem historischen Machtblock ist zudem die Armee, die nicht nur der Lan-

desverteidigung dient, sondern in sich selbst ein militärisch-ökonomischer Trust ist, der sich über Jahrzehnte große Teile auch der zivilen Wirtschaft, wie Häfen, Zementfabriken, touristische Orte, aneignete und zudem über enorme Landflächen verfügt. Und auf der anderen Seite steht der religiöse Block um die Muslimbrüder: gut organisiert, erfahren im politischen Kampf, mit finanziellen Ressourcen ausgestattet und mit einem feinen Gespür für die sozialen Bedürfnisse eines Großteils besonders der ärmeren Bevölkerung.

Anfänglich überrannt von der Dominanz dieser beiden Blöcke und verbittert über eine als gestohlen empfundene Revolution, entdeckten die Aktivisten des Tahrir-Platzes aber, dass sie doch eines gewonnen hatten: das letzte Jahr hat in Ägypten eine öffentliche Sphäre geschaffen, die bleiben wird. Und diese neue Öffentlichkeit und Offenheit nutzen eine lebendige Zivilgesellschaft und Tausende Aktivisten, Journalisten, Künstler: in Zeitungen, auf Webseiten und in den sozialen Medien, durch Bücher und TV-Reportagen wird das aktuelle Ägypten aus unterschiedlichsten Perspektiven beleuchtet.

Die Provinz beginnt zu sprechen

Dass diese neue politische Transparenz nicht nur das Thema einer städtischen Mittelschicht ist, beweist sich in den Dörfern um die verschlafene Oasenstadt Fayum im nördlichen Ägypten, etwa 90 Kilometer von Kairo entfernt. Hier zeigt sich, dass zivilgesellschaftliches Engagement keine Frage von Bildung sein muss, sondern handfeste Motive haben kann – wenn die Betroffenen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen können. Im Zuge der Massendemonstrationen auf dem Kairoer Tahrir-Platz hatte sich die ägyptische Polizei bewusst aus der Ge-

gend zurückgezogen, aber nicht weil sie angegriffen wurde, sondern um perfide Panik und Unsicherheit zu schüren, damit die verängstigte Bevölkerung in den Schoß des alten Regimes als Hort der Sicherheit zurückkehrt. Aber die Betroffenen machten etwas gänzlich anderes: Ohne eine NGO und ohne jedes „Fachwissen“ über Gemeindeverwaltung gründeten die Bewohner in fast jedem Dorf und Stadtteil Volkskomitees, die sich anstelle der Polizei um die lokale Sicherheit kümmerten. Die Polizei ist längst wieder da, aber etwa die Hälfte der vierzig Volkskomitees, die in den Dörfern um Fayum entstanden, sind heute aktiver denn je. In Tirsä etwa, einem riesigen Dorf mit mehreren zehntausend Einwohnern, eine nicht unübliche Größe in Ägypten, trifft sich das lokale Volkskomitee alle zwei Wochen. Etwa 100 Menschen kommen dann zusammen; alle reden durcheinander und noch immer ist der Elan zu spüren, die ursprünglichen Forderungen der Revolution nach „Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit“ in die lokale Realität zu übersetzen.

Das kaputte Krankenhaus

Im Zentrum ihrer Bemühungen steht seit längerem das lokale Krankenhaus. Seit Jahren gab es dort kein Trinkwasser, denn die Pumpe war kaputt, ebenso wie der Fahrstuhl in dem dreistöckigen Bau. Der zuständige Angestellte kümmerte sich nicht und meinte lediglich, neue Geräte müssten her. Dafür fehlte aber das Geld. Das Komitee organisierte einen befreundeten Mechaniker, der mit wenigen Griffen die Pumpe und den Fahrstuhl reparierte. Das Komitee entdeckte weiter, dass La-



bormaterialien im großen Stil verschwanden, das führte zur Entlassung eines korrupten Laboranten. Seitdem ist das Volkskomitee zu einem lokalen Akteur in allen Gesundheitsfragen geworden.

Der örtliche Direktor des Krankenhauses, ein kleiner, lustiger und offenbar grundehrlicher Mann, sieht in ihnen einen wichtigen Alliierten, und auch die Gesundheitsbehörde und die Ärzteschaft kann sie kaum weiter ignorieren. Und die Komiteemitglieder sind schlau, wissen sie doch ganz genau, dass sie die Gunst der Stunde ausnutzen müssen, um tatsächlich umfassend die Misere der Gesundheitsversorgung anzugehen. Die öffentlichen Einrichtungen sind chronisch unterfinanziert und durch und durch korrumpiert. In Tirsas Krankenhaus blättert die Farbe von den Decken ab, medizinische Geräte sind veraltet, verrostet oder außer Betrieb, Medikamente gibt es kaum. Die Ärzte verdienen so wenig, dass sie sich grundsätzlich um Stunden verspäten und stets sehr früh das Krankenhaus wieder verlassen, um



Foto: Reuters

Kennzeichnend für Ägypten sind extreme Ungleichheiten zwischen Stadt und Land, aber auch zwischen wohlhabenden Landbesitzern und landlosen Kleinbauern.

zen sie mehrere Komitees darin, die Gesundheitsbedürfnisse ihrer Gemeinde besser zu erfassen und aufgrund eigener Untersuchungen konkrete Lösungsvorschläge zu machen. Natürlich geht es dabei in erster Linie um die gerechtere und bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen und um den Kampf nach mehr Mitteln von der Zentralregierung. Aber die lokale Frage kann nur dauerhaft gelöst werden, wenn sich die Gesundheitsmisere in den ruralen Siedlungsgebieten Ägyptens substanziell verbessert. Dafür vernetzen sich die lokalen Dorfkomitees mit anderen Komitees, von Dorf zu Dorf, vom Dorf zum Stadtrand. Auch dieses Wissen erwarben sie in der Revolution: Gemeinsam können wir stark sein, bleiben wir alleine, sind wir auf Alimentierungen angewiesen, und: wir wollen selbst entscheiden, wie uns geholfen wird.

Die ägyptische Provinz beginnt sich zu verändern. Die Zeiten, in denen sich niemand darum scherte, wie die namenlosen Marginalisierten in den Dörfern und Slums existieren, sollen der Vergangenheit angehören. Die Dorfkomitees um die Oase Fayum sind sehr entschlossen. ■

Tsafrir Cohen

am Nachmittag in privaten Kliniken zu arbeiten. Da Mittel- und Oberklasse das staatliche Krankenhaus meiden, haben die ärmeren Patienten keine Lobby, um eine bessere Behandlung durch Personal und Ärzteschaft durchzusetzen.

Lokales Wissen statt importierter Expertise

Genau an diesem Problem setzt die Association for Health and Environmental Development (AHED) an. Deren Aktivisten versorgten mit Hilfe von medico nicht nur verletzte Demonstranten auf dem umkämpften Tahrir-Platz, sondern sie gingen nach dem Ende des alten Regimes bewusst in die endlosen Vororte Kairos und in die arme Provinz. Jetzt unterstüt-

Projektstichwort

Die Demokratie muss im Alltag ankommen – auf dem verstädterten Land und in den Slums der städtischen Peripherie, dort wo die Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung lebt. Die Mehrzahl aller Ägypter ist arm, sehr arm. 20% aller 83 Millionen Einwohner Ägyptens leben unter der Armutsgrenze von umgerechnet täglich einem US-Dollar. Eine funktionierende kommunale Gesundheitsversorgung ist daher auch mehr als nur eine lebensrettende Dienstleistung im Krankheitsfall, sondern sie beinhaltet auch die soziale Anerkennung der Bedürftigen als Bürger eines Gemeinwesens. Darum geht es dem medico-Partner AHED (Association for Health and Environmental Development) in Tirsä. Die Revolution lebt fort. Spendenstichwort: **Ägypten**.

Nothilfe braucht Umweltschutz

Philippinen: Katastrophenvorsorge im Taifun-Gürtel

Mit Spitzengeschwindigkeiten von 160 Kilometern in der Stunde wirbelte „Saola“ über die Küste der philippinischen Insel Luzon. Der Taifun richtete mit sintflutartigen Wolkenbrüchen und gefährlichen Sturmböen schwerste Überschwemmungen an. 2,4 Millionen Menschen waren unmittelbar betroffen, 600.000 von ihnen mussten ihre Häuser verlassen und kamen in Notunterkünften oder bei Verwandten unter. Der lokale medico-Partner Samahang Operasyong Sagip (SOS) ist eine Gesundheitsorganisation, deren besondere Expertise in der längerfristigen Katastrophenvorsorge liegt. Mit finanzieller Hilfe von medico wurden nicht nur an Hunderte Familien

Nahrungsmittel, Matten und Decken zum Schutz vor der Kälte verteilt, die basismedizinischen Nothilfe-Teams von SOS klären betroffene Gemeinden auch gezielt über Möglichkeiten der präventiven Risikominderung auf: etwa über den Zusammenhang von Umweltschutz, Raubbau an den Ressourcen und zukünftigem Hochwasser.

Denn der nächste Tropensturm kommt bestimmt. Luzon liegt inmitten des pazifischen „typhoon belt“, durchschnittlich zehn Taifune ziehen jedes Jahr über die Philippinen. ■

Spendenstichwort: Nothilfefonds

Wiedersehen nach sieben Jahren

Mexiko: „Verschwundener“ kontaktiert seine Eltern

Cervelio Mateo Campos verließ als 19-Jähriger Honduras, um sein Glück in den USA zu versuchen. Seinen Eltern hinterließ er nur einen kurzen Abschiedsbrief. Unterwegs in Mexiko verlor er zudem den Kontakt zu seinem Freund, als er den Güterzug verpasste, auf den dieser aufgesprungen war. Cervelio reiste allein weiter. In den USA kam er jedoch nie an. Stattdessen fand er Arbeit im mexikanischen Tabasco und gründete dort eine Familie. Weil er sich illegal in Mexiko aufhielt, traute er sich

nicht, seine Familie in Honduras zu besuchen. Die Gefahr, bei seiner Rückkehr erwischt, deportiert und damit von Frau und Kindern in Mexiko getrennt zu werden, war zu groß. Anfangs hatte er noch über ein Gemeinderadio in Honduras Nachrichten an seine Eltern schicken können, aber als das Radio nach zwei Jahren eingestellt wurde, brach der Kontakt ab. Die Eltern von Cervelio leben in einem entlegenen Weiler ohne Telefonempfang. Vor wenigen Tagen aber konnte Cervelio nach sieben Jahren das erste

Mal per Handy mit ihnen sprechen. Die medico-Partnerorganisation Movimiento Migrante Mesoamericano (M3) hatte ihn ausfindig gemacht und den Kontakt hergestellt. Mitte Oktober wird Cervelio seine Mutter auch persönlich wiedersehen, wenn sie mit der diesjährigen Karawane

Familienangehöriger verschwundener Migrantinnen und Migranten aus Zentralamerika nach Mexiko kommen wird. Die Karawane wird wie bereits im vergangenen Jahr von medico finanziert. ■

Spendenstichwort: Migration

Barbarei im Norden

Mali: Beistand für Opfer sexualisierter Gewalt

Die militärische Zuspitzung der politischen Krise in Mali und die Machtübernahme radikalreligiöser Milizen im Norden Malis mit den Städten Tombouctou, Gao und Kidal hat eine Fluchtwelle unter der Zivilbevölkerung ausgelöst. Während viele der in die Nachbarländer Mauretanien, Niger und Burkina Faso Geflohenen Unterstützung von Internationalen Organisationen in Flüchtlingslagern erhalten, bleiben ca. 200.0000 intern Vertriebene weitgehend unversorgt. Die den Norden Malis beherrschenden Milizen setzen unterdessen eine vom saudischen Wahabismus inspirierte islamische Gesetzgebung durch: Handabhacken bei Diebstahl, Auspeitschen oder gar Steinigung von unverheirateten Paaren mit Kindern. Hinzukommt die fortgesetzte Vergewaltigung von Frauen als Kriegswaffe. Dem malischen medico-Partner AME (Association Maliënne des Expulsés) liegen zahlreiche Berichte von Vergewaltigungen auch von sehr jungen Mädchen vor, die teilweise auf öffentlichen Plätzen

Foto: AME



Geflohen aus Gao im Norden. Ihre 16-jährige Tochter wurde von Milizen vergewaltigt, weil sie den Kopf nicht bedeckt hatte und ein T-Shirt trug.

stattfanden. Unsere Partner versuchen nun in Bamako den traumatisierten Opfern durch die Bereitstellung wichtiger Soforthilfen (Nahrungsmittel, Hygienebedarf, Moskitonetze etc.) erste Sicherheit und in ausgewählten Gastfamilien einen Ruheraum zu verschaffen. Hinzukommen soll die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen für eventuelle spätere Strafverfolgungen. Mittels Kampagnen wird jetzt die lokale Öffentlichkeit für die Rechte der von sexualisierter Gewalt betroffenen Frauen sowie die intern Vertriebenen sensibilisiert. Mehr unter: www.medico.de/sahelistan ■

Spendenstichwort: Mali

Nicht nur eine Frage des Geld

Die dritte People's Health Assembly in Kapstadt



Der Südwinter verleiht dem Campus der University of Western Cape (UWC), auf dem die dritte weltweite People's Health Assembly (PHA) in diesem Juli stattfand (nach 2000 in Savar, Bangladesch und 2005 in Cuenca, Ecuador), eine eher untypisch mediterrane Gestalt, frische Nächte, kühle Regenschauer und beständiger Wind lassen die ca. 800 Delegierten nur selten ihre dicken Wintermäntel und Wollmützen ablegen. Denn auch das zentrale Studierendenhaus, das den Kern der Anlage bildet und uns als

Mensa und gemeinsamer Aufenthaltsort dient, ist für heiße Sommertage gebaut und entsprechend ausgekühlt.

Der Stimmung tut das keinen Abbruch, im Verlauf der Tage wird es auch immer schwieriger die kleinen Gesprächsgruppen, die sich spontan während und nach den Mahlzeiten dort bilden, wieder zu den Plena, Subplena und Workshops zu bewegen. Auch der Konferenzcharakter, der in den ersten Tagen vorherrschte, wird mehr und mehr von der Asamlea, der

des



Foto: Reuters

Versammlung der Gesundheitsaktivisten aus über 90 Ländern abgelöst, in der Netzwerken, Verabredungen, und Planungen für die Zeit nach Kapstadt die Oberhand gewinnen. Genau darin unterscheidet sich dieses „Weltsozialforum der Gesundheit“ von den vielen globalen Gesundheitskonferenzen, auf denen Aktivisten allenfalls als exotische Garnierung für die wichtigen Redner aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft auftreten können – oder als moralisch kritische Stimme dienen, als Feigenblatt für die minimalen Bemühungen um echte Partizipation im Sinne einer Überwindung von gesundheitlicher Ungleichheit und der Ressourcenverteilung für eine solidarische Gesundheitsfinanzierung.

Brennpunkt soziale Gesundheit

Gerade die Beschäftigung mit den strukturellen Ursachen von Krankheit und vorzeitigem Tod, mit Weltwirtschaftsregeln, intellektuel-

lem Eigentum, Profitinteressen und sozialer Ausgrenzung bildete die Grundlage für die Debatten um mögliche Gesundheitskampagnen, Lobbythemen und Austausch über die Durchsetzung von funktionierenden Gesundheitssystemen. Ausführlich wurden diese vor allem während des 10-tägigen Kurses der International People's Health University (IPHU) mit über 50 jungen Gesundheitsaktivisten analysiert, der der PHA vorgeschaltet war. Für viele der zumeist nicht aus akademi-

Projektstichwort

EIN FOKUSPUNKT

medico und die globale Gesundheitsbewegung

Seit vielen Jahren beteiligt sich medico international am People's Health Movement, der weltweiten Basisbewegung für Gesundheit. medico unterstützt aus Spendenmitteln die Arbeit in vielen Bereichen: den alternativen Weltgesundheitsbericht, die regelmäßig stattfindenden Alternativ-Universitäten, solche Treffen der Basisinitiativen wie die Versammlung des People's Health Movements in Kapstadt.

medico tut dies, weil ein menschenrechtliches Verständnis von Gesundheit nur global durchgesetzt werden kann. Die vielfältigen Fragestellungen, auf die Aktivistinnen und Aktivisten dabei treffen, zeigen sich in den Texten, die medico-Kollegen und Kolleginnen von dem Weltgesundheitstreffen des People's Health Movement mitgebracht haben. Es geht darum, wie eine globale, durchsetzungsfähige Öffentlichkeit für Gesundheit entstehen kann, wie gesundheitszerstörende Sklavenarbeit zu bekämpfen ist oder wie die aufstrebenden Länder ihre Gesundheit menschenrechtlich organisieren können.

Das People's Health Movement ist bei diesen Fragen ein wichtiger Kristallisationspunkt. Diese Initiativen zu unterstützen und die weltweite Vernetzung der Gesundheitsalternativen zu fördern, hat sich medico zum Ziel gesetzt. Auch deshalb, weil wir unsere eigene Gesundheit damit verteidigen. Dafür brauchen wir Ihre Hilfe. Das Spendenstichwort lautet: **Gesundheit.**

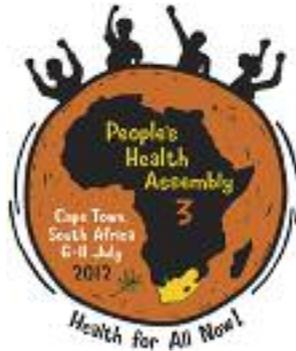
schen Zirkeln, sondern aus Basisgesundheitsprojekten kommenden Studenten waren diese Einblicke in die globalen Zusammenhänge von Armut und Reichtum, Gesundheit und Krankheit ein echter Augenöffner, der sich in deutlichem Enthusiasmus für die Mobilisierung in den eigenen Ländern ausdrückte – das People's Health Movement (PHM) hat seit der letzten großen Assembly über 1.000 solche „Alumni“ der IPHU nicht nur fortgebildet, sondern auch im wahrsten Sinne mobilisiert – und viele sind inzwischen selbst in PHM-Gruppen und Zirkeln aktiv. Die Verbreitung des PHM gerade in den afrikanischen Ländern war das erklärte Ziel dieser großen Versammlung, an der nicht nur die Netzwerker des PHM Global Office in Kapstadt in den letzten Jahren mit Erfolg gearbeitet hatten, wie an der starken Präsenz vieler afrikanischer Länder (besonders auch aus dem frankophonen Zentral- und Westafrika) auf der Asamblea zu sehen war.

Die Schwierigkeit des Erfolges

Die ständige Herausforderung lautet, ein solches Engagement zu verstetigen, in die lokale Alltagsarbeit der Gruppen, Länder und Aktivisten zirkel einzubringen. Dies wurde in den letzten Jahren bei ambitionierten Projekten der Gesundheitsbewegung sichtbar: dem Global Health Watch, der Right-to-Health-Campaign oder der Beobachtung des Geschehens in der Weltgesundheitsorganisation (WHO-Watcher). Die richtige Kritik und Analyse sowie das Aufdecken von Defiziten der Ge-

sundheitsversorgung und -politik gelingt dank der hohen Fachkompetenz der im PHM zusammengeschlossenen Aktivist*innen gut – sie umzusetzen in starke öffentliche Kampagnen, die dann auch Veränderungen von Politik und Zuständen erreichen, sind jene sprichwörtlich „dicken Bretter“, die so mühsam zu bohren sind.

Und teilweise birgt gerade der Moment des Erfolges auch Schwierigkeiten für die Bewegung. So berichteten indische PHM-Aktivist*innen, dass sie zwar mit ihrer beeindruckenden Kampagne *Right to Health* Mitte der 2000er Jahre tatsächlich erfolgreich neue staatliche Gesundheitsprogramme angestoßen haben – wenn auch nicht in dem Umfang, der erforderlich wäre. Und dass viele der damaligen Aktivist*innen andererseits nun in



staatlichen Pilotprojekten der kommunalen Gesundheitsberatung arbeiten – mit denen die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, direkt die Qualität ihrer Gesundheitszentren zu verfolgen und einzufordern – und einige sogar in verantwortliche Positionen in Ministerien und Verwaltungen der indischen Bundesstaaten sowie der Zentralregierung aufgestiegen sind. Innerhalb des indischen PHM entbrannte eine heftige Debatte um „Pragmatisches Mitmachen“ und „Kritische Distanz“, die ganz konkret auch die Kapazitäten der Bewegung schmälert. Ähnliche Erfahrungen haben die Gesundheitsaktivisten der Apartheidzeit in Südafrika in den 1990er Jahren und die brasilianischen Aktivist*innen nach dem Ende der Militärdiktatur in den 1980er Jahren gesammelt.

Auch für einen solchen Erfahrungsaustausch bot die PHA einen einzigartigen Raum: Erfahrungen aus Jahrzehnten engagierten Streitens für „Gesundheit für alle“ kamen hier zusammen. Für das Organisationsteam, das sich viele Monate in der Vorbereitung aufgegeben hatte, und leider wie so oft bei Großevents erst ganz zum Schluss noch einmal gemeinsam auf die Bühne gebeten wurde, bleibt das neben dem verdienten Applaus die wichtigste Motivation, auch weiterhin für diese „Gesundheitsbewegung der Menschen“ zu arbeiten.

medico im Geschehen

Insgesamt ermöglichte medico die direkte Teilnahme von 11 medico-Partnern an der dritten PHA und unterstützte darüber hi-

naus die lateinamerikanische Delegation. Die Gelegenheit, so viele medico-Partner an einem Ort gemeinsam zu treffen, hat unsere neue Koordinatorin der Öffentlichkeitsarbeit zu Gesundheit, Kirsten Schubert, beeindruckt. Die PHA war die ideale Möglichkeit der Begegnung verschiedener Organisationen, die sich hier oft das erste Mal als gemeinsame medico-Partner trafen: Ein wichtiger Impuls für unser eigenes „medico-Partner-Netzwerk“.

medico wird weiter über die Partner und die von uns geförderten PHM-Projekte, als Mitglied im PHM Europa und im Medicus-Mundi-Netzwerk, dass jetzt offiziell dem Partnernetzwerk des PHM angehört, an den Entwicklungen der globalen Basisgesundheitsbewegung mitwirken. ■

Andreas Wulf

Schlagende Verbindung

In Kapstadt vernetzt sich der Widerstand gegen die Raubökonomie transnationaler Rohstoffkonzerne

Zum Abschluss der People's Health Assembly ergreift Patrick Lamin-Tongu das Wort. Tagelang hatten er und andere Aktivisten an einer Abschlussresolution gearbeitet, um sie der Generalversammlung vorzustellen. Jetzt hören dem medico-Partner aus Sierra Leone die mehreren Hundert Teilnehmer aus über 90 Ländern zu, als dieser das Problem benennt, weshalb er die aufwendige Reise aus Sierra Leone nach Kapstadt antrat: „Wir haben uns über unsere Erfahrungen im Einsatz gegen die Auswirkungen des Rohstoffabbaus ausge-

tauscht. Über alle Grenzen hinweg verbindet uns die Erfahrung von Vertreibung und Unterdrückung, der Verlust sozialer Dienste, der Raub von Wasser und Land.“

Patrick Lamin-Tongu berichtet den Versammelten, wie der Rohstoffkonzern Koidu Holdings seinen Heimatort ruiniert hat. Koidu ist der Hauptort von Kono, der diamantenreichsten Region Sierra Leones. Nach über zehn Jahren Krieg hofften die Bewohner, dass sie nun eine Chance hätten von dem Reichtum unter ihren Äckern zu profitieren. Aber weit gefehlt, auf die

bewaffneten Milizen folgten die ausländischen Konzerne, die in den Friedenszeiten begannen die Diamantenvorkommen im großen Stil auszubeuten. Für die Bevölkerung blieb weiterhin nichts. In Sierra Leone leben etwa 70% der Bevölkerung in extremer Armut und müssen mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen, Kono gilt als die ärmste Region. Krankenhäuser, Schulen und Straßen sind in einem miserablen Zustand, denn die Erträge aus den Schürfungen verschwinden ins Ausland oder in die Taschen korrupter Politiker.

Die Abbaumethoden belasten Mensch und Umwelt. Nahe am Ortskern stattfindende Sprengungen wirbeln große Staubmengen auf, die zu Atemwegserkrankungen, ständigem Tränenfluss und dauerhaften Kopfschmerzen führen. Von den 90.000 Einwohnern in Koidu wurden mittlerweile fast 10.000 aus ihren Häusern vertrieben, da der Diamantenabbau sich förmlich durch die Stadt frisst. Wer dage-

gen protestiert, lebt gefährlich. Mit Unterstützung von medico beteiligt sich Patrick Lamin-Tongu seit Jahren als Mitglied der lokalen Menschenrechtsorganisation Network Movement for Justice and Development (NMJD) an Demonstrationen – und der Gegner ist mächtig: „Koidu Holdings hat sehr einflussreiche Kontakte zur Polizei und in die Politik“.

Verbindungen schaffen

Dass Koidu kein Einzelfall ist, wusste der Menschenrechtsaktivist immer schon. Dennoch hat er bislang nur selten die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten aus anderen Ländern zu treffen. Auf der People's Health Assembly berichteten Delegierte aus Ecuador, Malaysia, Indien, Simbabwe, Peru von ähnlichen Problemen. Überall zeigen sich Regierungen unwillig, die sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen des Rohstoffabbaus einzudämmen. Und immer wieder führt der vermeintliche Reichtum nicht zu einer Ver-

„Die Verfassung ist unser Ba

Prof. Louis Reynolds ist Mitglied im südafrikanischen People's Schubert sprach mit ihm über die aktuellen Umbrüche im Gesundh

In Südafrika vollziehen sich durch die Einführung einer nationalen Krankenversicherung große Veränderungen. Chance oder Gefahr?

Bei uns existiert noch immer ein zweigeteiltes Gesundheitssystem, öffentlich und privat – und beide Seiten sind aktuell in einer Krise. Zwischen beiden Sektoren besteht eine extreme Ungleichheit, die

aus den neoliberalen makroökonomischen Maßnahmen resultiert, welche die ANC-Regierung im Jahr 1996 einbrachte. Der öffentliche Sektor leidet, bis auf einige Ausnahmen, unter einer chronischen Unterfinanzierung. Sie resultiert aus der Privatisierung, aber auch der Korruption. Zudem existiert eine sehr ungleiche Verteilung zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen Pro-



besserung der Lebenssituation, sondern wird zu einer existenziellen Belastung der Menschen vor Ort.

Für Patrick Lamin-Tongu hat auf der Versammlung ein konkreter Vernetzungsprozess begonnen. In den nächsten Jahren werden er und andere Aktivisten versuchen, sich gemeinsam gegen die Repressalien zu wehren, die eine unerbittliche Koalition aus Rohstoffkonzernen und willfährigen Politikern immer an jenen Orten einsetzt, wo der Protest der Bevölkerung die Profitmaximierung stört. Geht es doch längst nicht mehr nur um einzelne Regionen, wie etwa Koidu, sondern um ein glo-

bales Problem. „Wir werden die Auswirkungen des Rohstoffabbaus weiter kritisieren, bis die Regierungen endlich Verantwortung für ihre Menschen übernehmen.“ Dazu gehört auch die Einführung des Verursacherprinzips für die transnationalen Konzerne: „Wir fordern, dass die sozialen, ökologischen und gesundheitlichen Kosten von denen getragen werden, die sie verursacht haben.“ Am Ende seiner Rede interpretiert Patrick Lamin-Tongu einen alten Schlachtruf neu: „Der Kampf für Gesundheit ist ein Kampf gegen die Agenda der weltweit operierenden Rohstoffindustrie – lasst uns gemeinsam kämpfen!“ Die Versammlung applaudiert: Am Kap der Guten Hoffnung meinen es alle sehr ernst. Geht es dem People's Health Movement doch weniger um die klinische und individuelle Dimension von Krankheiten, als vielmehr um die politischen und die sozialen Voraussetzungen eines guten Lebens. ■

Paul Klieme

ckup“

Health Movement. Kirsten eittssystem Südafrikas

vinzen, aber sogar auch innerhalb der Stadtgebiete. Selbst der private Sektor wird zunehmend unbezahlbar. Nötig sind daher neue Strategien zur Finanzierung des Gesundheitssystems. Als die Idee einer nationalen Krankenversicherung (National Health Insurance, NHI) aufkam, lehnte sie der private Sektor zunächst jedoch mit dem Argument der Unbezahlbarkeit komplett ab. Mittlerweile

hat sich diese Ansicht jedoch geändert. Ich glaube, viele haben verstanden, dass ein solcher steuerfinanzierter Gesundheitsfonds tatsächlich die Lage verbessern kann. Zudem ist es für einige private Akteure ein guter Topf voll Geld, aus welchem auch sie sich finanzieren könnten. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass der Gesundheitsminister sich wirklich für ein umfassendes und gerechtes Gesundheitssystem einsetzt, aber der Prozess in der Regierung ist absolut intransparent.

Im Moment gibt es 11 Pilotprojekte, in denen das neue Versicherungssystem NHI implementiert werden soll. Vor zwei

Wochen haben wir einen Township besucht und in einem Workshop über den Fortschritt der Umsetzung diskutiert. Wir sprachen mit Patienten und waren schockiert, wie wenig sie über das NHI wussten! Sie berichteten zudem, dass sie sich oft in den frühen Morgenstunden in die Schlange vor dem Gesundheitszentrum einreihen müssen um überhaupt an die Reihe zu kommen. Es klafft eine massive Lücke zwischen Intention und Ergebnis! Aufgrund der Intransparenz wissen viele Betroffene überhaupt nicht, was passiert – insbesondere in den ärmeren Stadtteilen und auf dem Land. Wir haben hier das Paradox, dass die Regierung das NHI unbedingt umsetzen will, der private Sektor sich aus Finanzierungsgründen auch dafür einsetzt und die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie die Zivilgesellschaft, die das Projekt zwar sehr kritisch beobachten, ebenso prinzipiell dafür sind: und dennoch geht es nicht voran. Ich vermute, dass der Prozess von Strömungen beeinflusst wird, welche aus dem NHI ein profitgenerierendes System machen wollen. Die Auseinandersetzung ist also wirklich eine zwischen einem umfassenden, öffentlichen System und öffentlich-privaten Partnerschaften.

Südafrika hat eine sehr lebhaftes Geschichte – auch in Bezug auf die historischen Kämpfe um das Recht auf Gesundheit. Spielt das heute noch eine Rolle?

Wir verstehen das Recht auf Gesundheit als einen umfassenden Anspruch. Es geht um Zugang zu Gesundheitsversorgung und um die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren von Gesundheit, welche auch in unserer Verfassung verankert sind. Wir reden also von einem Gesamtpaket. Natürlich gibt es



Fortschritte, etwa beim Zugang zu Wasser, bei sanitären Einrichtungen und dem öffentlichem Wohnungsbau. Aber es bestehen weiterhin massive Ungleichheiten – insbesondere bei den Einkommen. Südafrika ist eines der Länder mit der größten Ungleichheit. Die sozialen Voraussetzungen sind also weiterhin ein riesiges Problem, denn die Menschen leben unter Bedingungen, die sie krank machen.

Während der Apartheid war der Zugang zu qualitativ guten Gesundheitseinrichtungen für einen Großteil der Bevölkerung eingeschränkt – einigen blieb er sogar komplett verwehrt. In dieser Zeit entstanden verschiedene kleinere stadtteilbasierte Gesundheitsprojekte in den Townships und informellen Siedlungen. Daraus ging im Jahr 1987 das National Progressive Primary Health Care Network hervor. Zusammen mit anderen Organisationen mobilisierten sie für ein gerechtes Gesundheitssystem für alle, aber viele Initiativen schiefen nach der Wende zur Demokratie ein, weil sie an-



Foto: Reuters

nahmen, dass eine demokratische Regierung und die progressive Verfassung eine gerechte Gesellschaft und ein umfassendes Gesundheitssystem garantieren würden. Im Land gab es eine lebhaftere Zivilgesellschaft, mehrheitlich demokratisch und basisnah organisiert in der United Democratic Front (UDF). Meiner Meinung nach war die UDF zusammen mit dem Gewerkschaftsverband Congress of South African Trade Unions (COSATU) der effektivste Widerstand gegen das Apartheidsystem! Als das Verbot des ANC aufgehoben wurde und die Apartheid langsam zu Ende ging, wurde die UDF aufgelöst. Das war sicher einer der größten Fehler auf dem Weg zur Demokratie. Die partizipative, stadtteilbasierte Kultur der UDF wurde damit abgeschafft, aber auch das zentrale Forum für den Ansatz einer Basisgesundheitsversorgung (Primary Health Care). Die Zivilgesellschaft wurde fragmentiert und die ganze Macht dem ANC übergeben. In dieser Situation kam dann die HIV/Aids-Epidemie auf – und mit ihr politische Programme wie die Treatment Ac-

tion Campaign, welche den inadäquaten Umgang der neuen Regierung mit dieser Krankheit und den mangelnden Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten kritisierte. Dies fand zu einer Zeit statt, und das muss man wissen, als HIV/Aids noch größtenteils verleugnet wurde. Heute sind die lebenswichtigen HIV/Aids-Medikamente nahezu uneingeschränkt zugänglich und viele der damaligen Organisationen haben ihr Themenspektrum geweitet. Mittlerweile kann man wirklich von einem multisektoralen Ansatz sprechen – von gesundheitlichen Auswirkungen der Bergbauprojekte im Land bis hin zur NHI.

Das Recht auf Gesundheit steht seit 1994 in Südafrika in der Verfassung. Nur leere Worte oder wirklich Rechte?

Naja, die Verfassung ist noch da, aber ihre Legitimität in Gefahr, denn die Verfassungsversprechen werden von der Lebensrealität vieler Menschen konterkariert. Doch viele Initiativen nutzen die Verfassung, um sich für eine progressive Implementierung der sozialen Rechte einzusetzen. In vielen Provinzen gibt es beispielsweise ein massives Schulproblem. Obwohl das Schuljahr bereits im Januar angefangen hat, haben viele Schüler bis heute keine Schulbücher erhalten. Auch der Zustand der Toiletten und Gebäude ist oft schrecklich. Das ist natürlich eine Verletzung des Rechts auf Bildung! Eine unserer Partnerorganisationen, Section 27, hat das zum Anlass genommen, die Regierung vor Gericht zu bringen und dieses Recht für die Millionen Kinder einzuklagen. Die Verfassung dient also als eine Art Backup. Aber wir brauchen noch deutlich mehr Erfahrung in rechtsstaatlicher Demokratie. ■

Kampagne Umfairteilen

medico beteiligt sich am bundesweiten Aktionstag

Es deutet sich an, dass der Skandal einer systematischen Umverteilung von den Allerärmsten zu den Allerreichsten ein Wahlkampfthema in Deutschland werden wird. Erst kürzlich veranschaulichte der Spiegel in einer Grafik diese Umverteilung von unten nach oben. Unter Umgehung der Mittelschicht wanderte das Geld in den letzten Jahren von den ärmsten 10 Prozent zu den reichsten 5 Prozent. Der Kürzung der Sozialleistungen, dem massiven Wachstum eines

Niedriglohnssektors, stehen Steuerkürzungen für die Reichsten gegenüber, die unter anderem den Zugewinn erklären. Die Kampagne Umfairteilen, der Gewerkschaften und Sozialverbände, darunter der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, sowie Attac und medico international angehören, fordert nun eine progressive Besteuerung von großen Vermögen, eine einmalige Vermögensabgabe sowie einer Steuer auf Finanzmarktgeschäfte. Denn nur so lassen sich

People over Profits – Menschen vor

Another World, another Health, another Summit is possible – Der

SONNTAG, 21.10.2012, 09:30–18:00 UHR – BERLIN, KAISERIN-FRIEDRICH-HAUS

Vom 21. bis 24. Oktober findet zum vierten Mal das internationale World Health Summit in Berlin statt – auch „Davos der Medizin“ genannt. Die Privatwirtschaft trifft hier auf Politik und Wissenschaft. Auch kritische Akteure aus der Zivilgesellschaft sind inzwischen eingebunden. Das World Health Summit repräsentiert im Gesundheitsbereich damit das Konzept der öffentlich-privaten Partnerschaften wie kaum eine andere Veranstaltung.

Im Jahr 2009 haben medico und andere Gesundheitsinitiativen den ersten „World Health Summit“ kritisch begleitet. Nun erscheint es uns angebracht, erneut einen Alternativ(en)kongress zu veranstalten. Denn es gilt, einen Raum zu schaffen, in dem

7.028.369.541

gefällt nicht

UNGERECHTE VERTEILUNG DES REICHTUMS!

Armut in Deutschland begrenzen und öffentliche Güter wie Gesundheit und Bildung verteidigen. medico und Attac neh-

men sich im Rahmen der Kampagne Umfairteilen, auch der globalen Fragen an. Denn klar ist, dass die Frage der Umverteilung kein nationales Thema mehr ist. Von Chile, über Griechenland bis Indien formieren sich derzeit Protestbewegungen, die eine gerechte Steuerpolitik fordern, über die öffentliche Güter geschaffen und finanziell gesichert werden können.

Ein **bundesweiter Aktionstag am 29.09.2012** soll den Forderungen der Kampagne Umfairteilen Gehör verschaffen. Auch medico und Attac beteiligen sich an den Aktionen. Termine und weitere Infos unter **www.medico.de/umfairteilen** ■

Profite

Alternativ(en)kongress zum 4. World Health Summit in Berlin

, ROBERT-KOCH-PLATZ 7

unabhängig von privatwirtschaftlichen Interessen über Gesundheit debattiert wird und Alternativen zu der Privatisierung von Versorgung und der Individualisierung von Verantwortung im Gesundheitsbereich entwickelt werden.

In den drei Panels „another World“, „another Health“, „another Summit“ diskutieren u.a.: Prof. Rolf Rosenbrock, (Paritätischer Gesamtverband), Knut Lambertin (DGB), Thomas Gebauer (medico international), Remco van der Pas (WEMOS, Niederlande) und Chiara Bodini (Centre for International Health, Italien).

Weitere Infos und Anmeldung unter: www.medico.de



Foto: privat

IM KREUZFEUER

Samar Yazbeks Kampf um die Wahrheit

Jahrelang setzte sie sich für Bürger- und Frauenrechte ein, dann erlebte die Fernsehmoderatorin, wie mit Beginn des Aufstandes unbewaffnete Demonstranten gezielt getötet wurden. Die 42-jährige Samar Yazbek, die aus einer einflussreichen alawitischen Familie kommt, nannte diesen Moment den „Wendepunkt in meinem Leben“. Bis dahin lebte die alleinstehende Journalistin mit ihrer Tochter in der Intellektuellenszene der syrischen Hauptstadt Damaskus, sie nahm an Sit-ins in Solidarität mit der Revolution in Tunesien und Ägypten teil, organisierte Kulturprojekte und kritische Gesprächskreise. Auch ihr aktivistischer Zirkel wurde von der Wucht der Proteste völlig überrascht: „Das Volk ist aufgestanden und ich, die Schriftstellerin, bin den Menschen auf der Straße hinterhergelaufen.“

Die Herausgeberin der Online-Zeitschrift „Woman of Syria“ begann die städtischen Armutsgürtel von Damaskus und die ländliche Provinz zu besuchen – wo die Demonstrationen stattfanden und von wo die Nachrichten über die Gräueltaten herkamen. Ihre Reise durch die syrischen Protest-

Fortsetzung auf Seite 32 >



syrien

Das Tor zur Hö

Wie eine Stadt rebelliert und be

Es war kurz vor fünf Uhr morgens. Wegen des anhaltenden Granateneinschlags und der Schüsse des Heckenschützen, die von Zeit zu Zeit zu hören waren, hatten wir nicht geschlafen. Ich hatte insgesamt seit zwei Tagen nur etwa eine Stunde schlafen können. Die verängstigte Mutter betrat den Raum und zog ihre beiden Kinder

Die Kamera ist das einzige Mittel, um die Zeit anzuhalten und das Durchlebte einzufangen. Junge Amateurfotografen dokumentieren in Syrien das Alltagsleben in ihren umkämpften Lebenswelten und stellen täglich Bilder ins Internet. Hier ein zerstörtes Shoppingcenter im Stadtteil Jouret al-Shayah (Homs) am 29.08.2012.



eine Granate von weitem oder von nahem abgefeuert wird und aus welcher Richtung sie kommt.

*

Seit wir die Grenze überquert hatten, liefen vier junge Männer um mich herum, deren Aufgabe es war, mich zu beschützen. Vor lauter Angst, dass mir etwas zustoßen könne, übertrieben sie es sehr mit ihrem Schutz. An der türkischen Grenze hatten sie ein Loch in den Stacheldraht geschnitten, damit ich hindurchschlüpfen konnte. Als sie den Motor anließen, schlug in unserer Nähe eine Granate ein. Wir rasten los, und bis wir die Stadt Sarakib erreichten, gingen die ganze Zeit Granaten nieder. Nach der langen Reise über die türkische Grenze hätten wir eigentlich schlafen sollen. Wir waren weite Strecken im Niemandsland zu Fuß gegangen und waren erschöpft, aber die Familie des Gastgebers hatte uns erwartet. Bis Mitternacht saßen wir dort und sprachen über die Nachbarn, die getötet worden waren, über einen jungen Mann, den man auf dem Platz der Ortschaft umgebracht hatte.

Sarakib war eine der ersten Ortschaften, die sich gegen das Regime erhoben hatte. Der Ort wurde hart bestraft, er wurde umzingelt, bombardiert, Menschen verhaftet und getötet. Jetzt beschützt die Freie Syrische Armee (FSA) die Bevölkerung mit fünf Bataillonen. Trotzdem gibt es Scharfschützen inmitten der Ortschaft, die sich auf dem Gebäude für Rundfunk und Fernsehen postiert haben. Neun Scharfschützen, jeder von ihnen

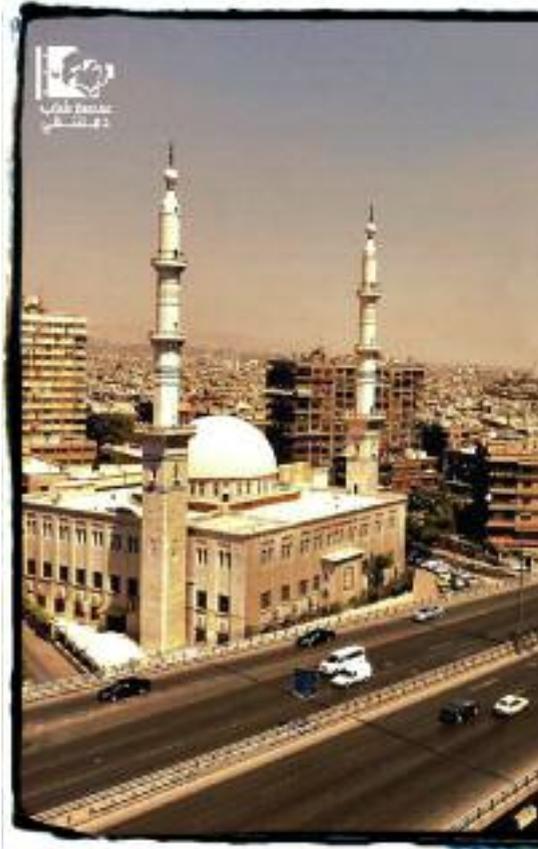
lle

strafft wird. Von Samar Yazbek

mit sich fort. Ich hatte mir mit ihnen ein Bett geteilt und die beiden beobachtet. „Die Bombardierung wird stärker, wir müssen in den Keller.“ In aller Eile stiegen wir hinunter, und sogleich waren auch noch andere Kinder, Frauen und einige Männer dort. Die Kinder können mittlerweile Raketen von Gewehrscüssen unterscheiden, sie erkennen, ob

welten wurde zu einer Expedition in ein ihr unbekanntes Land. Sie wurde nicht nur verhaftet und in einem unterirdischen Gefängnis mit blutenden Folteropfern konfrontiert, sondern sie lernte auch eine ihr bis dahin völlig fremde Gesellschaft kennen. Etwa die Stadt Duma in der nordöstlichen Agglomeration von Damaskus. „Ich wusste, dass es einen Ort mit diesem Namen gibt, wo der Funke des Aufstandes sich entzündet hatte, aber es war für mich zuvor nur ein Ort, wo große Armut herrscht. Den Frauen geht es nicht gut und die Menschen flüchten sich in die Religion. Wir hatten nichts Gemeinsames. In Armut verschleiern sich die Frauen, sie halten streng an alten Traditionen fest. Davor hatte ich immer Angst. Als ich sie kennen lernte, merkte ich, dass diese Angst unbegründet ist“, so Samar Yazbek unlängst in einem Radiofeature des SWR anlässlich der deutschen Veröffentlichung ihres eindringlichen Tagebuchs „Schrei nach Freiheit“.

Die Schriftstellerin veröffentlichte ihre Erlebnisse in einem Blog und über die sozialen Medien. Dann kam es zum endgültigen Bruch. Auf Flugblättern wurde sie zur Verräterin gestempelt, ihre Familie verstieß sie, und schließlich tauchte ihr Name auf einer Todesliste auf. Samar Yazbek floh mit ihrer Tochter nach Paris. Im Sommer dieses Jahres kehrte die Autorin für wenige Tage nach Syrien zurück. Wieder in die Provinz, diesmal ins sunnitisch geprägte Grenzgebiet zur Türkei. Sie traf keine Demonstrationen mehr, sondern einen militarisierten Aufstand und eine verängstigte Bevölkerung, die ihren Schutz nur noch bei den Rebellen und Deserteuren der Freien Syrischen Armee zu finden glaubt. ■



hat vier Stunden Dienst. Das Gebäude ist von Panzern umstellt, die manchmal die Ortschaft beschießen. Die Scharfschützen machen laut Aussage der Bevölkerung Jagd auf Menschen und töten wahllos, ohne Unterschied. Die Nachbarin, die gerade in den Keller gekommen war, berichtete mir, dass ihr Haus dem Scharfschützen ungeschützt ausgeliefert sei, dass sie ihren Hof nicht betreten könne, weil der Schütze auf sie und die Kinder schieße, selbst wenn sie im Haus seien. Vor ein paar Tagen hat er auf ein vierjähriges Mädchen geschossen und es in den Rücken getroffen. Nun ist es querschnittgelähmt. Das Mädchen heißt Diana, es ist so zart und schmal, dass ich glaubte, ihr Körper werde unter dem



Gewicht der Kugel zusammenbrechen. Dianas Lunge ist voller Blut, sie kann kaum atmen. Vor dem Vorfall mit Diana wurde eine schwangere Frau von einem Scharfschützen getötet.

*

Ich begleitete eine Gruppe der FSA in die nahe gelegene Ortschaft Binnisch. Dort trafen wir auf eine Gruppe von Kämpfern, es waren mehr als zehn Männer, der Älteste von ihnen nicht einmal 35 Jahre alt. Sie sprühten vor Vitalität und Optimismus, aber sie waren auch erschöpft. Sie entsprachen ganz und gar nicht dem Bild von strengen Islamisten, das viele von der Freien Syrischen

Armee haben. Ich begrüßte jeden einzeln mit Handschlag, nur ein Mann legte seine Hand auf die Brust und verbeugte sich respektvoll. Die Freie Syrische Armee besteht nicht aus Salafisten und radikalen Islamisten – zumindest kann ich das über jene Gruppierungen behaupten, die ich getroffen habe. Ich habe zwar einige wenige islamistische Gruppen gesehen, aber sie gehören nicht zu al-Kaida, und es sind keine Salafisten.

Wir saßen auf dem Balkon, blickten auf einen Olivenhain, und plötzlich fielen um uns herum die Bomben. Die nahegelegene Ortschaft Taftanas, die wir vom Balkon aus sehen konnten, wurde beschossen. Ich fragte den Anführer der Gruppe, der uns das Abendessen zubereitet hatte: „Habt ihr keine Angst, dass euch die Granaten auf die Köpfe fallen?“ „Nein“, entgegnete er, „wir haben keine Angst, der Tod ist Teil unseres Lebens geworden. Aber wenn Sie das Gefühl haben, sich in Gefahr zu befinden, dann ist das etwas anderes!“ Wir setzten das Abendessen fort und redeten weiter. Mich überraschte ihr unbedingter Glaube an die Gerechtigkeit ihrer Sache. Sie sprachen über interne Probleme, aber auch viel über Aleppo. Einige der Männer stammten aus dem Stadtviertel Salah al-Din in Aleppo und bereiteten sich darauf vor, dorthin zurückzukehren. Sie wollten mich nicht mitnehmen, aus Angst vor dem bevorstehenden Kampf. Ich war die einzige Frau unter ihnen, aber die Männer sprachen mit mir, als sei ich Teil der Gruppe.

Während dieser Zusammenkunft wurde mir klar, wie falsch es war, diese Rebellenarmee als einheitlichen Block zu betrachten. Sie besteht aus verschiedenen Bataillonen, und wie im richtigen Leben

sind gute und schlechte Menschen dabei, Zivilisten, Islamisten und Gemäßigte, ganz normale Leute, die sich der Freien Syrischen Armee angeschlossen haben, um ihr eigenes Leben und das ihrer Familie zu verteidigen. Sie waren äußerst respektvoll und höflich mir gegenüber. Bevor wir schließlich nach Sarakib zum Haus unseres Gastgebers zurückkehrten, sagte mir ihr Anführer: „Wir gehören alle einem Volk an. Wir und die Alawiten sind Brüder. Wir haben früher nicht so gedacht, wie es das Regime uns jetzt glauben machen will.“ Ich schwieg und wusste, auf was er anspielte, komme ich doch aus einer bekannten regimetreuen alawitischen Familie. Ich drückte ihm die Hand und sagte: „Ja, wir waren ein Volk und wir werden ein Volk sein, egal was der Tyrann tut.“

*

Während ich diese Zeilen notierte, wurde die Bombardierung von Sarakib wieder intensiviert. Die Kinder hockten neben mir im Keller, beobachteten mich beim Schreiben. Die Frauen saßen beieinander und redeten über die Ereignisse vom Vorabend, welche der Verwandten getötet worden waren. Wegen des ununterbrochenen Bombardements lebten sie im Keller. Eine von ihnen sagte: „Es gibt Leute, die keinen Keller haben. Sie bleiben in ihren Wohnungen, trotz des Beschusses und der Granaten.“ Die Menschen der Ortschaft erzählten mir, dass die FSA einmal einen Heckenschützen getötet habe. Daraufhin habe die reguläre Armee die Ortschaft bombardiert. Weil die Bewohner sich schützen wollten, wurden sie beschossen. Eine Frau,

die zusammen mit ihren Kindern bei uns im Keller saß, sagte: „Was in Sarakib passiert, ist eine Besatzung, wir leben im Schatten einer Besatzung. Die Flugzeuge bombardieren uns, der Heckenschütze steigt auf unsere Dächer, und die Bomben fallen auf uns herunter. Ohne den Schutz durch die Freie Syrische Armee hätten sie die Stadt längst vernichtet.“ Als ich später nachts durch die 25 Kilometer östlich von Aleppo gelegene Stadt Atareb fuhr, verstand ich, was das Wort „vernichten“ bedeutet. Atareb ist eine vollkommen zerstörte Stadt. In den Straßen haben Raketen Krater hinterlassen, die Haustüren sind verbrannt, die Häuser zerstört, die Straßen leer,



Zivilisten, Rebellen, „Märtyrer“? Friedhof mit Grabsteinen in den Farben des syrischen Aufstandes im Städtchen Al-Qusayr, in der Nähe der syrisch-libanesischen Grenze. 25.08.2012.

selbst Hundegebell ist in der Nacht nicht zu hören. Eine Geisterstadt ohne Leben.

*

Das Bombardement ließ ein wenig nach. Aber stündlich kam eine Kolonne mit etwa 15 Panzern auf ihrem Weg nach Aleppo vorbei. Die bewaffneten Männer sagten, dass heute 80 Panzer vorbeifahren würden und dass die Bombardierung wieder zunehmen würde. Deshalb müssten wir im Keller bleiben. Aber ich musste unbedingt hinaus, ich musste zum Medienbüro, das etwas entfernt lag. Hier gab es kein Internet, keine einzige Möglichkeit zu kommunizieren, nicht einmal

mit dem Mobiltelefon. Dann fiel der Strom aus, die Kinder um mich herum drängten sich noch näher an mich heran, die Luft wurde noch stickiger. Die etwas größeren Kinder hatten Angst, aber sie waren still, während die Kleinen zu schreien begannen.

Die Frauen suchten nach Gesprächsthemen. Nur die Männer der FSA waren draußen, aber sie hatten mich nicht mitnehmen wollen. Ich müsse mit den Frauen und Kindern im Keller bleiben, bis der Kampf vorüber sei, sagten sie. Die Leute der FSA, egal von welchem Bataillon, hatten die Panzerkolonnen nicht angegriffen. Im Gegenteil, es waren die Panzer der regulären syrischen Armee, die geschossen hatten, auch der Scharfschütze schoss. Einer der Männer sagte zu mir: „Wir wissen, dass sie bessere und stärkere Waffen besitzen, aber wir haben unseren Mut und unseren Glauben an unsere Revolution. Und wir werden es nicht zulassen, dass sie uns demütigen und beleidigen. Wir werden uns bis zum Tod verteidigen.“ Die Frauen begannen zu singen, die Hitze im Keller nahm zu, die Kinder scharten sich um uns, sie spielten mit Granatsplintern. „He Leute, das ist Idlib“, sangen sie, „von hier wirst du dich abwenden. Wunder dich nicht, es ist die Zeit des Erwachens, die Zeit der Stärke und des Siegs. Stürzen, stürzen wirst du Baschar!“ Und die Kinder hoben beim Refrain die Stimme: „Stürzen, stürzen wirst du Baschar!“ Nach dem Ende des Liedes fügte eine der Frauen hinzu: „Sie drangen in die Häuser ein und raubten alles. Die mit Waffen bestückten Autos kehrten beladen mit unseren gestohlenen Möbeln zurück. Das Militär, die regimetreuen Schabbiha-Milizen und die Sicherheitskräfte haben sich in einigen der Häuser niedergelassen, die sie ausge-



raubt hatten. Wir haben seit einem Jahr nicht mehr richtig geschlafen. Ununterbrochen wird geschossen, wie du siehst. So leben wir mit unseren Kindern. Diejenigen, die nicht im Bombardement oder in Haft gestorben sind, warten langsam auf den Tod. Und all das, nur weil wir gegen das Regime von Baschar al-Assad auf die Straße gegangen sind.“

*

Kurz nach zwei Uhr. Die Panzerkolonnen, die nach Aleppo fahren, hatten scheinbar ihre Strecke geändert. Das bedeutete, dass das Bombardement ein wenig nachlassen würde. Nur die Schüsse des Scharfschützen waren weiterhin vernehmbar. Trotzdem traf keine halbe Stunde später ein Trupp der FSA ein. Ich hatte darum gebeten, mich mit ihnen zu treffen. Es war die „Kompanie der Märtyrer von Sarakib“, eine Gruppe von jungen Männern, kaum älter als dreißig Jahre. Studenten, Angestellte, Ladenbesitzer und kleine Landbesitzer. Der Anführer der Truppe war ein junger Mann mit dem Abschluss eines Technikinstituts. Er hatte ein Kleidergeschäft in der Einkaufsstraße von Sarakib besessen, bevor die Armee es geplündert und angezündet hatte. Er hieß Amdschad. Er war ein schweigsamer Mensch mit sprühenden Augen, aber ein wenig traurig. Er begrüßte mich nicht mit Handschlag, verbeugte sich aber respektvoll. Während wir redeten, kehrten die Flugzeuge zurück und kreisten wieder über dem Himmel von Sarakib. Wir hörten eine Bombe, unterbrachen unser Gespräch aber nicht. Diese Einheit war sehr gut organisiert, die Männer waren gemäßigt und äußerst entschlossen. Aber sie hatten zahlreiche Probleme, besonders bezüglich der Finanzierung von Waffen. Doch dieses Problem haben die meisten



Bataillone der Freien Syrischen Armee. Ihre Waffen können nicht mit denen der regulären Armee mithalten. Der Erfolg, den sie im Kampf mit der regulären Armee erringen, ist ihrem Mut geschuldet. Einer der Männer der Gruppe sagte: „Wir werden nicht zurückkehren, bis Baschar al-Assad gestürzt ist.“ Der Führer der Gruppe griff erst spät ins Gespräch ein: „Was ist denn die Freie Syrische Armee?“, fragte er. „Wir sind unabhängig kämpfende Bataillone, wir unterwerfen uns keiner zentralen Kommandostruktur. Wir agieren hier allein, wir werden nicht unterstützt. Die meiste Unterstützung geht an die Islamisten. Wir haben das Gold unserer Schwestern und Ehefrauen verhöckert, um Munition zu kaufen und den Ort zu verteidigen. Wir haben keinen Zusammenhalt, wir sind ein Volkswiderstand. Jede Stadt hat ihren eigenen bewaffneten Widerstand. Wie Sie sehen,

„In den Fußspuren von Ghayath“ – Jahrestag zum Gedenken an den Friedensaktivisten Ghayath Matar, Mitglied des LCC-Bürgerkomitees von Daraya (Damaskus), der Rosen und Wasser an Soldaten verteilte. Er wurde am 06.09.2011 vom Geheimdienst verhaftet und zu Tode gefoltert.



haben wir nicht vor, die Scharia einzuführen. Neunzig Prozent der Revolutionäre hier sind wie ich. Wir sind gemäßigt, wir sind Muslime, die an Gott glauben. Aber wir lehnen jede Radikalität ab. Doch ich fürchte, dass sich die Leute, wenn wir allein gelassen werden und das Regime weiterhin Bestand hat, radikalieren. Das syrische Volk ist verarmt, und nach eineinhalb Jahren denken die Leute an sich selbst, nachdem die Welt sie im Stich gelassen hat. Ich fürchte, dass sich die Dinge zum Schlechten wenden werden.“ Der Mann hörte auf zu sprechen. Wir vernahmen das Geräusch einer Granate, und ich musste zurück in

den Keller. Im Keller wartete eine neue Geschichte auf mich, die eine gerade eingetroffene Frau erzählte: „Der Apfelverkäufer, der heute nach Sarakib gekommen ist, wurde von dem Hecken-schützen auf dem Fernsehgebäude umgebracht. Dann kamen die Soldaten, die im Gebäude stationiert sind, nahmen den Karren mit den Äpfeln an sich und fingen an, Äpfel zu essen, während die Leiche des Mannes auf dem Boden lag. Der Sohn des Apfelverkäufers schrie und weinte, dass man ihm zu Hilfe kommen möge, um seinen Vater fortzuschaffen und zu beerdigen. Aber einer der Soldaten hat dem Jungen nur mit einem Wink angedeutet, dass er die Nachbarn um Hilfe rufen soll.“ Bevor wir wieder das Geräusch des Flugzeugs hörten, das über unseren Köpfen kreiste, sagte die Frau noch: „Der Ärmste, das war ein Fremder! Der wollte doch bloß seine Äpfel hier verkaufen.“ ■

Aus dem Arabischen von Larissa Bender

Projektstichwort

Die seit 18 Monaten andauernde Rebellion in Syrien blickt in einen Abgrund aus Blut, Folter und Tod. Was als gewaltloser Aufstand begann, verwandelte das Assad-Regime in einen unerbittlichen Entscheidungskrieg. Hinzukommen außersyrische Machtinteressen und Berichte über die zunehmende Präsenz dschihadistischer Freischärler. Seit Beginn der Proteste unterstützt medico unbewaffnete lokale Bürgerkomitees, die weiterhin für eine demokratische Zukunft eines freien Syrien einstehen, Nachbarschaftshilfe für Flüchtlinge aus zerstörten Dörfern oder umkämpften Stadtvierteln leisten und durch ein geheimes Ärztenetzwerk verletzte Oppositionelle versorgen. Im Libanon hilft der medico-Partner AMEL, eine säkulare Hilfsorganisation, syrischen Flüchtlingsfamilien. Das Spendenstichwort lautet: **Syrien**.

Vorkämpfer der Selbstachtung

Zum Tod von Neville Alexander, Antipartheidaktivist und medico-Weggefährte

Zuletzt habe ich Neville Alexander bei einem Vortrag im Frankfurter Club Voltaire 2011 gesehen, bei dem er in seiner unnachahmlich freundlichen, bestechend klaren Redeweise – in fließendem Deutsch – die Tragik ausführte, warum die südafrikanische „Revolution“, für die er sich zeitlebens eingesetzt hatte, nur einen Elitenwechsel zur Folge hatte. Neville Alexander wurde am 22.10.1936 in Cradock, in der östlichen Kap-Provinz geboren. Der Vater war Zimmermann, die Mutter Lehrerin. Er studierte in Kapstadt Germanistik und Geschichte, kam in den 1950er Jahren durch ein Stipendium ins Nachkriegs-westdeutschland und promovierte an der Universität Tübingen über Gerhard Hauptmann. Hier lernte er auch hervorragend Deutsch. Als er nach Südafrika zurückging, schloss er sich dem politischen und bewaffneten Kampf gegen die Apartheid an.

Wie Nelson Mandela wurde er Anfang der 1960er Jahre verhaftet und zu zehn Jahren Haft auf der Gefängnisinsel Robben Island verurteilt. Als seine ehemaligen Studienkollegen in Tübingen davon erfuhren, gründeten sie ein Solidaritätskomitee, das zur ersten Anti-Apartheidbewegung in Deutschland wurde. In Robben Island wurde Neville Alexander zum Pädagogen für die anderen Gefangenen, die Insel entwickelte sich zur politischen Schule des Widerstands. Nach

seiner Entlassung 1974 schloss er sich der Black Consciousness Bewegung an, die von den Gedanken Steve Bikos inspiriert war: „Die Biko-Generation prägte jungen wie älteren Leuten Selbstrespekt, Selbstachtung und Selbstbewusstsein ein. Sie hatten verstanden, dass die Sklavenmentalität die Ursache für das Gefühl von Machtlosigkeit, Verzweiflung und politischer Apathie ist“.

Ich habe Neville Alexander 1985 an der Universität Frankfurt kennengelernt, wo er als Gastprofessor über den Kampf gegen die Apartheid und die Befreiungspädagogik sprach. Als Anhänger des Unity Movements, das den Kulturboykott des ANC nicht für sinnvoll hielt, schlug er uns Studierenden vor, ein paar Monate nach Südafrika zu kommen und in den Bildungsprojekten des Widerstands als Freiwillige mitzuarbeiten. In jenen fünf Monaten Mitte der 1980er in Südafrika wurde ich als Zeugin mitten hineingeworfen in ein menschenverachtendes System, das sich nur noch mit roher Gewalt aufrechterhalten konnte. Durch Nevilles Kontakte konnte ich aber auch erleben, wie inmitten dieser Brutalität Menschen auf höchst kreative, intelligente und mutige Weise Widerstand organisierten und zugleich alternative Orte der Solidarität jenseits aller rassistischen, sozialen und politischen Grenzen schufen.

In dieser Zeit war Neville permanent auf

der Flucht vor den Sicherheitskräften. Seine Strategie war es, immerfort die Orte zu wechseln und keine Routine im Tagesablauf erkennen zu lassen. Um ihn zu treffen, musste man ihn bei seinen Bewegungen begleiten, und so konnte ich ein paar Tage lang erleben, wie er arbeitet: Von 5-8 Uhr morgens schrieb er Texte und Reden, dann ging es von einem Treffen zum anderen – von politischen Versammlungen zum Besuch von Familienangehörigen der Gefangenen, zu Bildungsprojekten und geheimen Druckereien sowie zwischen- durch zu Mahlzeiten bei „unpolitischen“ Verwandten und Freunden.



Foto: privat

Diese Erfahrungen haben mein Leben geprägt – und als ich später bei medico als Südafrika-Projekt Koordinatorin arbeitete, traf ich Neville wieder. Langjährige medico-Projektpartner wie das Children's Resource Centre versuchten seine befreiungspädagogischen Prinzipien auch nach der Apartheidzeit weiterzuentwickeln. Manche dieser Projekte scheiterten, weil sie ihrer Zeit weit voraus waren, andere endeten im Sektierertum.

Seine Waffe war das Wort und wer ihn einmal reden gehört hat, wird ihn nicht vergessen. Als Sprachwissenschaftler hat er sich zeitlebens mit Sprachpolitik und Macht auseinandergesetzt. Dass Südafrika elf offizielle Sprachen hat, ist wesentlich seinem Einfluss in der Sprachkommission zu verdanken. Seine kritischen Analysen der Post-Apartheidrealität, seine kompromisslose Weige-

rung, sich mit einem bequemen Posten an der Macht zu beteiligen (der ihm mehrfach angeboten wurde), seine Integrität und intellektuelle Brillanz brachten ihm auch bei seinen politischen Widersachern Hochachtung ein. Auf tragische

Weise gibt die Realität nach dem Marikana-Massaker im Juli 2012 seinen radikalen Analysen recht: Die Abschaffung der Apartheid hat weder der ökonomischen Ausbeutung noch der rassistischen Ungleichheit oder politisch autoritären Strukturen ein Ende bereitet. Am Ende seines Lebens sprach er davon, wieder zu den Anfängen zurückzukehren und nach der

Idee der psychologischen Befreiung im Sinne Steve Bikos zu suchen: „Die herrschende Weltsicht, dass ich im Namen der viel gerühmten ‚intellektuellen Eigentumsrechte‘ Anspruch auf Vergütung habe an allem, was sich meiner Initiative verdankt, läuft darauf hinaus, dass ein gutes Leben darin besteht, der Sieger zu sein im Kampf gegen die Mitmenschen, und im Extremfall muss ich ihnen ihre Menschlichkeit aberkennen, damit ich nicht durch mitmenschliche Gefühle davon abgehalten werde, sie zu töten.“ Neville Alexander starb nach längerer Krankheit am 27.08.2012 in Kapstadt. ■

Usche Merk

Lesetipp: N. Alexander, „Lasst uns zu den Anfängen zurückkehren – Auf der Suche nach dem Humanismus des 21. Jahrhunderts“, in: R. Wilke-Launer (Hg.), Südafrika – Katerstimmung am Kap, Brandes&Apsel 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt.

Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundscreiben, die medico-Stichworte, die Minenzeitung aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit:

unter **www.medico.de** finden Sie über „Kontakt Service Presse/Publikationen & Material“ die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen.

Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.



NEU:
medico-Jahresbericht 2011

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



NEU:
Stichwort Gesundheit

(40 S. DIN A5) Das Sonderheft zur Weltgesundheit bleibt nicht bei der Beschreibung der Katastrophe stehen. medico zeigt Projekte der Abhilfe und beschreibt das Gesundheits-Netzwerk, in dem wir uns global und lokal bewegen.



Fluchtursache Reichtum
Migration und Rohstoffhandel in Afrika

(44 S.) Gold, Diamanten, Baumwolle und Fischbestände: In einigen Ländern Westafrikas zeigt sich, dass gerade der Reichtum an Rohstoffen die Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft.



Auf Rohstoffraub
Kampagnenmaterial zur EU-Rohstoffinitiative

Weltweit steigt die Nachfrage nach Rohstoffen. Die EU sichert sich den schrankenlosen Zugang. Verlierer sind die Länder des globalen Südens. Attac und medico fordern mit der Kampagne gegen Rohstoffraub eine radikale Abkehr von der auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Bestellen Sie Plakate, Flyer oder Aufkleber.

Ich bestelle:

Anzahl:

- _____ medico-Jahresbericht 2011
- _____ Broschüre: Fluchtursache Reichtum
- _____ medico-Stichwort: Gesundheit
- _____ Auf Rohstoffraub: Plakat DIN A2
- _____ Auf Rohstoffraub: Flyer (8 Seiten)
- _____ Broschüre: stiftung medico international
- _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
- _____ medico-Plakate Gesundheit DIN A1
- _____ medico-Stichwort: Pakistan
- _____ Plakat WHY? DIN A1
- _____ medico rundschreiben 01 | 12
- _____ medico rundschreiben 02 | 12

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Meine Spendernummer: _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von _____ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: _____

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte senden an:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an:
(069) 43 60 02



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

(24 S.) Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inkl. weiterführende Adressen.



Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit (Plakate, DIN A1)

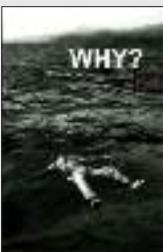
medico-Plakate für Gesundheitszentren, Arztpraxen oder andere öffentliche wie private Orte. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €),

würden wir uns über eine Spende freuen. **Spendenstichwort: Gesundheit.**



Stichwort Pakistan

(16 S. DIN A5) Arbeitsalltag und Beispiele der medico-Projektarbeit in Pakistan, verbunden mit einer Kurzvorstellung von medico und seinem Konzept kritischer Nothilfe.



WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

(DIN A1) Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. **Spendenstichwort: Migration.**

Spendeninformation

Adressänderung:

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende:

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Fördermitgliedschaft:

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt

bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-0, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

stiftung medico international:

Wenn Sie, statt einer Spende – die unmittelbar in die Projektförderung fließt – über eine Einlage in die stiftung medico international – deren Wirkung auf Dauer angelegt ist – nachdenken, dann senden wir Ihnen gerne weitere Informationen.

Sie können sich auch direkt an Gudrun Kortas wenden: Tel. (069) 944 38-28 oder per Email: kortas@medico.de

impressum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0
Fax (069) 43 60 02

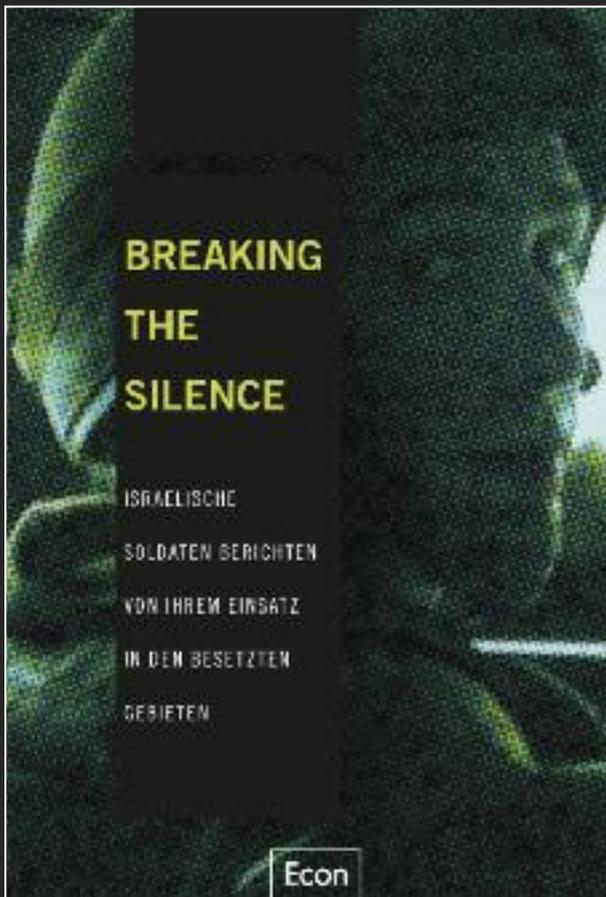
Spendenkonto: 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

E-Mail: info@medico.de
Internet: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung: Andrea Schuldt



Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100% Recyclingpapier gedruckt.



ISRAELISCHE SOLDATEN BRECHEN IHR SCHWEIGEN

„Wenn du als Soldat einen Schritt in die besetzten Gebiete machst, dann ist das, als ob du deine Moral in den Reißwolf wirfst – nach einer Minute ist nichts mehr davon übrig.“ Jehuda Shaul – Ex-Soldat der israelischen Armee und Gründer von Breaking the Silence. In diesem Buch berichten Veteranen der israelischen Armee von Schikanen und Übergriffen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung, die sie gesehen oder selbst begangen haben. Gesammelt wurden diese Zeugnisse von dem israelischen medico-Partner Breaking the Silence. Ein verstörendes Dokument über das Vorgehen der Armee einer Demokratie und die Realität in den besetzten Gebieten.

Breaking the Silence – Israelische Soldaten berichten von ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten, 416 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, ECON-Verlag, ISBN-13: 9783430201476 Preis: € 19,99.



Die Aktivist*innen der Gays and Lesbians of Zimbabwe (GALZ).

FÜR DIE FREIHEIT

Egal wer mit wem Sex hat, ob als Frau mit einer Frau, als Mann mit einem Mann. Egal ob jemand sich als Frau fühlt, als Mann oder jenseits aller heterosexuellen Geschlechternormen: Das Kollektiv der Gays and Lesbians of Zimbabwe (GALZ) kämpft nicht nur für diese Freiheit, sondern für die gleichen Rechte aller Menschen in ihrem Land. Homophobie ist in Simbabwe quasi „Staatsdoktrin“, und für den untoten Ewig-Präsidenten Robert Mugabe sind Schwule und Lesben „schlimmer als Hunde und Schweine“. Der medico-Partner antwortet mit Aufklärungsmaterial gegen das Verbot der gleichgeschlechtlichen Liebe sowie juristischer und medizinisch-psychologischer Hilfe für all jene, die aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt werden. Nach Razzien und wiederholten Festnahmen droht jetzt ein Verbot der mutigen Freiheitskämpfer*innen.

Spendenstichwort: Simbabwe



medico international